:antifaschistische nachrichten Nr. 9

g 3336 4.5.2006 22. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Rassistischer Mordversuch in Potsdam

POTSDAM. Ein 37-jähriger Deutscher ist nach einem rassistischen Angriff in der Potsdamer Innenstadt immer noch nicht wieder bei Bewusstsein. Durch die Schläge und Tritte, die der aus Äthopien stammende dunkelhäutige Ermyas M. unter anderem gegen den Kopf erlitt, ist er so schwer verletzt, das er zunächst in ein künstliches Koma versetzt werden musste. Dass die Tat einen rassistischen Hintergrund hat, kann als gesichert gelten, weil auf der Handymailbox des Opfers Fragmente des Tatgeschehens dokumentiert sind. Ermyas M. wurde unter anderem als „Scheiß-Nigger“ beschimpft. Um sich öffentlich gegen diesen neuerlichen Fall rassistischer Gewalt in Potsdam zu wenden, demonstrierten am Ostermontag zeitweise bis zu 550 Antifaschisten in der Innenstadt von Potsdam.

In den letzten Monaten hat es über 20 rechte Angriffe in Potsdam gegeben.

Wie der Tagesspiegel vom 28.4. berichtete, hat der politische Streit um das Motiv für den Überfall im Potsdamer Stadtparlament zu einem Eklat geführt: Die CDU-Fraktion verweigerte ihre Unterschrift unter einen Brief an die Familie von Ermyas M., in dem die Fraktionen ihr Mitgefühl und ihr Bedauern aussprechen. CDU-Fraktionschef Steeven Bretz und andere Abgeordnete störten sich an der Passage, es handle sich um eine „von Rassismus geprägte Gewalttat“. „Wir kennen das Tatmotiv aber nicht“, so Bretz. Ähnlich wie schon der Brandenburger Innenminister Jörg Schönbohm und der Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (beide CDU) warnte Bretz davor, vor Abschluss der Ermittlungen über das Tatmotiv zu spekulieren.

Der Verein „Brandenburg gegen rechts“ hat auf einem Spendenkonto bereits mehr als 25 000 Euro für die Familie von Ermyas M. gesammelt. Damit sollen unter anderem Kosten für Behandlung und Rechtsbeistand bezahlt werden.

Quellen: solid-brandenburg Tagesspiel online, 28.4.06 ■

Aus dem Inhalt:

Aktionstag für Anklageerhebung gegen NS-Tätern 5
Berlusconi knapp abgewählt 8

Die neue braune Mitte im Schatten des Ettersberg

Thüringen wird zum „Rückzugsort für Neonazis“

Seit einiger Zeit häufen sich Berichte über rechtsextremistische Umtriebe aus thüringischen Regionen. Der Fokus der Aufmerksamkeit hat sich seit dem Herbst 2004 (Rechter Aufbau Ost – NPD im Sächsischen Landtag) stärker auf den westlich benachbarten Freistaat gerichtet, den die Landesregierung als ‘Deutschlands starke Mitte’ bewirbt.

Die Bestrebungen von Neonazis, sich in Thüringen etablieren zu wollen, sind nicht neu. Das Bundesland weist schließlich eine geografisch taktisch günstige Zentrumslage auf. In dem 2001 erschienenen Buch „Das braune Herz Deutschlands? – Rechtsextremismus in Thüringen“ beschrieben Jens-F. Dwars und Mathias Günther die sich damals bereits andeutenden Entwicklungen. Thüringen werde „mit festem Platz in der Oberliga der rechtsextremen Statistiken“ geführt. Als Beleg dafür galten 92 rechtsextreme Gewalttaten im Jahr 2000, so viel wie in keinem anderen ostdeutschen Bundesland. Beim rein statistischen Abgleich von rechtsextremen Straftaten pro 100.000 Einwohner war das Bundesland im gleichen Zeitraum mit 1.846 Delikten bundesweit unübertroffen. Erinnerlich aus jener Zeit sind darüber hinaus auch die nachgewiesenen Kontakte und das Finanzierungsgebaren des Thüringer Verfassungsschutzes in die rechtsextreme Szene. 1999 hatte der damals amtierende thüringische Verfassungsschutzpräsident Helmuth Roewer seine eigene Auffassung zur NS-Geschichte durchblicken lassen.

Wegen seiner geografischen Lage gilt der Freistaat als „Rückzugsort für Neonazis, der zugleich Basis für weitere Expansionen sein kann“. So dokumentierte Andrea Röpke 2004 in „Braune Kameradschaften – Die neuen Netzwerke der militanten Neonazis“ beispielsweise einige entsprechende Immobilienkäufe von nicht gerade unbekannten Rechtsextremisten. In Fretterode, Landkreis Eichsfeld, ließ sich einige Zeit zuvor Thorsten Heise in einem alten Gutshaus nieder – das lediglich als unpolitischer „Jugendraum“ und für familiäre Zwecke genutzt werden sollte. Das Stadthaus in der Jenaer Schleidenstraße ging 2002 in den Besitz des ‚Republikaner‘-Funktionärs Wilhelm Tell über. Dieser stellte es dann umgehend dem Verein Jenaische Busse e.V. zur weiteren Nutzung zur Verfügung.

Fortsetzung Seite 3

Aktionstag gegen Abschiebung – für Bleiberecht

Am 22.4. fanden in vielen Städten Kundgebungen und Demonstrationen statt, um im Vorfeld der Innenministerkonferenz am 4./5. Mai in Garmisch-Partenkirchen Druck zu machen für ein Bleiberecht von Flüchtlingen. Bild: Wiesbaden

Hetze geht weiter

DORMAGEN/KREIS NEUSS. Nachdem bereits Mitglieder der NPD und der sogenannten „Freien Nationalisten“ am 1. April eine Mahnwache vor dem alten Rathaus in Dormagen durchgeführt hatten (s. AN 8/06), hat sich nun auch die „Bürgerbewegung pro Deutschland“ in die Dormagener Diskussion um den Bau einer neuen Moschee eingeschaltet. Die Parteien im Dormagener Stadtrat stehen dem Wunsch der Dormagener Muslime grundsätzlich positiv gegenüber. Ein altes Fabrikgebäude wird derzeit als Provisorium genutzt und genügt den Ansprüchen des Kulturvereins längst nicht mehr.

Mit Parolen wie „Dormagen sagt nein zum Bau einer Großmoschee“ neben einem Foto der Blauen Moschee in Istanbul wird die ausländerfeindliche Stimmung eines Teils der Dormagener Bevölkerung geschürt. Mit 25 000 Flugblättern und einer Unterschriftenaktion will die selbsternannte „Bürgerbewegung“ den Bauplan kippen. Dabei soll der Dormagener Bau keineswegs die Ausmaße der Istanbuler Moschee erreichen, wie von den extremen Rechten suggeriert wird. Von diesen „Dimensionen kann hier überhaupt keine Rede sein“, so der SPD-Bürgermeister Heinz Hilgers gegenüber der „NGZ“. Für die „Bürgerbewegung pro Deutschland“ um Manfred Rouhs, Ratsvertreter der extrem rechten „Bürgerbewegung pro Köln“, ist der Anlass jedenfalls groß genug, um den Versuch zu starten, sich nun auch in einer Nachbarstadt Kölns zu verankern. *hma* ■

Solidarisch mit Priebke

STOLBERG. In einem Leserbrief an die Zeitschrift „ACP Information“ des rechtskonservativen „Arbeitskreis Christlicher Publizisten“ hat sich der Stolberger Hans Rantz für den in italienischer Haft befindlichen NS-Kriegsverbrecher Erich Priebke eingesetzt. Der „habe am wenigsten Schuld auf sich geladen, wenn davon überhaupt die Rede sein kann“, so Rantz. Die „Verantwortlichen“ von Marzabotto und Rom habe er „persönlich gekannt, wobei Major Walter Reder“ in seinem „Hause Gast war“ und er „Oberstleutnant Herbert Kappler bis zu seinem Tode betreut habe“, so Rantz. Der 1926 geborene Rantz war Kriegsfreiwilliger der Waffen-SS. Laut einem seiner Leserbriefe in der Zeitschrift „Soldat im Volk“ des „Verband Deutscher Soldaten“ war er während des Krieges in der Normandie, in Arnheim und in Oberschlesien eingesetzt. Mitte der 80er Jahre gehörte Rantz dem Landesvorstand der „HIAG“, der „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit“ der „Soldaten der ehemaligen Waffen-SS“ an. Leserbriefe von Rantz fand man in der Vergangenheit auch in der Wochenzeitung „Junge Freiheit“.

hma ■

Symposium in Fulda

FULDA/DORTMUND. Die Arbeitsgemeinschaft „Stimme der Mehrheit“ beim „Bund der Selbstständigen“ in NRW will am 10. Juni in Fulda ein Symposium unter dem Titel „Die deutsche Leitkultur und gemeinsame Werte in Deutschland?“ veranstalten. Als Referenten werden die ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Vera Lengsfeld („Gedanken zur deutschen Leitkultur“), der Vorsitzende des deutschtümelnden „Verein Deutsche Sprache“ Prof. Dr. Walter Krämer („Die deutsche Sprache als Medium für gemeinsame Wertvorstellungen“) und der christdemokratische italienische Kulturminister Rocco Buttiglione („Das geistig-kulturelle Leitbild in der EU“) angekündigt. *hma* ■

Ein echtes Vorbild

GREVENBROICH. Der kürzlich verstorbene Prof. Dr. Gerard Radnitzky steht im Mittelpunkt der April-Ausgabe der in Grevenbroich verlegten Zeitschrift „eigentümlich frei“. Der als „Individualist im kollektivistischen Zeitalter“, als „Großvater der Bewegung“ und „Logiker der Freiheit“ gefeierte Professor, der dem Redaktionsbeirat der Zeitschrift und dem wissenschaftlichen Beirat der „Liberalen Akademie“ angehörte, verfügte über zahlreiche Verbindungen zur extremen Rechten.

Texte Radnitzkys erschienen u.a. in der geschichtsrevisionistischen Zeitschrift „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“ des extrem rechten „Grabert-Verlages“, wo er mit Blick auf die Historikerdebatte „Tabus“ und „Frageverbote“ in der Geschichtswissenschaft kritisierte. Auch in der neofaschistischen Zeitschrift „Recht und Wahrheit“, damals noch von dem wegen „Volksverhetzung“ verurteilten Georg-Albert Bosse herausgegeben, wurden Texte Radnitzkys abgedruckt. Unter der Überschrift „Politische Korrektheit“ gefährdet die Meinungsfreiheit“ bedauert Radnitzky dort, das es „zur Zeit nicht möglich zu sein“ scheint, „die Präventivschlagthese in Deutschland rational zu diskutieren“. „Wenn es ihnen gelingt zu zeigen, daß sie die PC-Neusprache beherrschen und kein Rückgrat haben, dann können Sie es mit etwas Glück zum großen Talkmaster oder zum Bundespräsidenten bringen“, so Radnitzky. In dem von Roland Baader 1995 im „Resch-Verlag“ herausgegebenen Buch mit dem Titel „Wider die Wohlfahrtsdiktatur“ gehörte Radnitzky ebenso zu den Autoren wie in dem Buch „Europa ja – aber was wird aus Deutschland?“ des Anti-Antifa-Experten Hans-Helmuth Knütter, das im extrem rechten „Hohenrain-Verlag“ erschien. Dort zählten neben Radnitzky und Baader auch der neurechte französische Publizist Alain de Benoist und der frühere NPD-Bundesfunktionär Felix Buck zu den Mitautoren. In dem von dem ehemaligen DVU-Mitglied Rolf-Josef Eibicht herausgegebenen Buch „Jörg Haider – Patriot im Zwielicht“ findet man Radnitzky nebst Jean Marie Le Pen und dem österreichischen Alt-Nazi Otto Scrinzi.

Beiträge von Radnitzky erschienen auch in der „Jungen Freiheit“, der „Epoche“ und der „Criticon“.

In letzterer beklagte er sich u.a. über die „Macht der Gewerkschaften“, die der rechte Professor als „Hauptursache der Inflation und der Arbeitslosigkeit“ bezeichnete. *hma* ■

Verspäteter Ausschluss

MÜNCHEN. Sascha Jung, seit 1990 Mitglied der SPD, droht nun der Parteiausschluss. 1992 war das Juso-Mitglied Mitgründer des nationalistischen „Hofgeismarer Kreises“ im Raum Leipzig, der in der Tradition seines nationalrevolutionären Vorgängers in der Weimarer Republik stand.

Nach zahlreichen Protesten aus verschiedenen Gremien von Jusos und SPD sprach die Partei gegen den Juso-Funktionär ein einjähriges Funktionsverbot aus. Jung wurde Mitglied der einschlägig rechten „Burschenschaft Danubia“ und begann 1997 ein Studium in München. Nach vielen Jahre teilte nun Ende Januar 2006 der bayerische SPD-Landesvorstand dem aktiven Burschenschafter mit, das dessen Rechte aus der Mitgliedschaft ab sofort ruhen. „Durch die Mitgliedschaft in der Danubia und die herausgehobene Tätigkeit für sie“ habe Jung „der SPD schweren Schaden zugefügt“.

hma ■

Thor Steinar wieder mit Nazisymbol

BERLIN. Wieder einmal sorgt die Bekleidungsmarke Thor Steinar, die mit Vorliebe von Neonazis getragen wird, für Aufsehen. Wie das Antifaschistische Info Blatt (AIB) aus Berlin am Dienstag mitteilte, vertreibe der Brandenburger Betrieb in seiner aktuellen Kollektion eine Kapuzenjacke mit dem Titel »No Inquisition«. Auf dem Rückenbild greife ein Adler mit seinen Klauen einen Fisch. Dieses Motiv hat sich nach Informationen des AIB die rechte Vereinigung „Die Artgemeinschaft – Germanische Glaubensgemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e.V.“ im Januar 2003 durch ihren Vorsitzenden, den Neonazianwalt Jürgen

Fortsetzung von Seite 1

Die neue braune Mitte...

Im Vorstand jenes Vereins waren damals wiederum keine Unbekannten tätig: Peter Dehoust und Heinz-Joachim Schneider, Landesvorsitzender der 'Republikaner'.

Dass diese exemplarisch thüringischen Beispiele für Immobilienerwerb durch Rechtsextremisten nicht allein als zusammenhanglose Einzelfälle zu sehen sind, ist nur zu offensichtlich. Deren zentrale Bedeutung in einem bundesweiten Konzept wurde von Steffen Hupka bereits im November 1999 – damals noch in der NPD-Postille Deutsche Stimme – unter der Überschrift „Befreite Zonen – aber wie?" dargelegt: „Sie [die Immobilie] muss unsere Nachschubbasis und unsere Heimatfront sein. Aus ihr heraus müssen wir die eigentliche Front weiter vorschieben, müssen wir neue Nebenkriegsschauplätze, sprich Befreite Zonen eröffnen. (...) Steht das Objekt auf relativ sicheren Füßen, kann man daran gehen, weitere Freiräume zu erobern. Wer bereits ein Haus hat, erhält von der Bank auch meist einen Kredit für ein zweites. Ist der erste und schwerste Schritt einmal getan, dann sind die weiteren Schritte wesentlich einfacher umzusetzen." Zusammenfassend postulierte Hupka damals ein solches Netzwerk von Immobilien zur zentralen Aufgabe des „gesamten nationalen Widerstandes".

Ethnopluralismus" und Antikapitalismus

Mittlerweile ist in Thüringen auch eine rechtsextremistische Strategie-Erweiterung zu beobachten. Zudem erfolgten – über weiterhin aktive so genannte Freie Kameradschaften in nicht geringem Umfang hinaus – in relativ geringen Zeitabständen Neu- beziehungsweise Wiedergründungen von Stützpunkten Junger Nationaldemokraten (JN) unter teilweiser Verquickung von NPD- und Kameradschaftsstrukturen, so beispielsweise in Jena (10. Juli 2005), Ammelstädt (14. Januar 2006 – JN Thüringen) und Erfurt (25. Februar 2006). Ebenso konnte eine deutliche Zunahme bundesweiter JN-Treffen mit thüringischen Veranstaltungsorten beobachtet werden.

Im Zusammenhang mit den verstärkten JN-Aktivitäten in Thüringen kann auch die mittlerweile erfolgte Etablierung des so bezeichneten Ethnopluralismus über neonazistische Diskussionskreise hinaus gesehen werden. Daran anschließend versuchen NPD, JN und Kameradschaften besonders auch bei Veranstaltungen in Thüringen eigens Antikapitalismus und Antiglobalisierung in den Vordergrund zu rücken. Dabei scheinen gegenwärtig klassisch rechtsextremistische Themen wie Revisionismus, Holocaustleugnung und NS-Verherrlichung eher in den Hintergrund zu treten. Die Auftaktkundgebung zur aktuellen bundesweiten rechtsextremistischen Antikapitalismus-Kampagne erfolgte – örtlich wohl nicht gerade zufällig – am 1. April im mittelthüringischen Arnstadt.

Weiterführend kann der versuchte Kampagnen-Auftakt in Arnstadt durchaus als erweiterter inhaltlicher Trend „Antikapitalismus und Antiglobalisierung" im rechtsextremen Spektrum gesehen werden. Eine Fortsetzung wird bereits zum „Thüringentag der nationalen Jugend" am 20. Mai in Altenburg folgen, federführend organisiert von Thomas Gerlach. Im Aufruf zur nunmehr bereits fünften Auflage des thüringischen National-Jugendtages heißt es – dem Ansatz der Kampagne stringent folgend – unter anderem: „Die BRD ist gesellschaftlich und wirtschaftlich bankrott! (...) Wir werden dieses zerstörerische Szenario nicht weiter hinnehmen und wehren uns gegen Kapitalismus, Globalisierung und die damit einhergehende Meinungsdiktatur einer Clique von Politikern, Wirtschafts- und Medienbossen! (...) National- und Sozialrevolutionär! Deutsche Jugend voran! Nieder mit Kapitalismus und Globalisierung! Für einen Deutschen Sozialismus!"

Ebenso ist abzusehen, dass bei dem für den 10. Juni geplanten europaweiten und von der NPD organisierten so genannten „Fest der Völker" das Thema Antikapitalismus noch deutlicher als bereits im Vorjahr im Vordergrund stehen dürfte, wie bereits der Aufruf für diesen Tag nach Jena erkennen lässt:

„(...) Mit dem Fortschreiten der Entwurzelung und Vermarktung der Völker und Menschen wächst allerorten auch ein gesunder Nationalismus. Wir setzen an Stelle der volksfremden und raumlosen kapitalistischen Ideologie auf souveräne Nationalstaaten, die mit raumorientierten nationalen Volkswirtschaften auf ein Europa der Vaterländer, ein friedliches Miteinander und gleichberechtigte Partnerschaften zur Sicherung der eigenen Autarkie bauen. Die Idee der Zukunft spricht die Sprache der Völker und nicht die einer 'One World'! Europa wird leben oder mit uns untergehen!" Auch beim von der NPD Gera für den 15. Juli organisierten Neonazi-Open-Air „Rock für Deutschland" sind von den angekündigten Gastrednern Frank Schwerdt und Udo Voigt wiederum polemische Kapitalismus-von-Rechts-Beiträge zu erwarten.

Unwidersprochen bleiben diese Strategie-Ansätze auch in den eigenen rechtsextremistischen Reihen nicht. „Natürlich" unterstellt Jürgen Schwab in einer aktuellen Kolumne „den Thüringern keinen Etikettenschwindel (...) sie lassen sich halt nur von Pseudo-‚Nationalen Sozialisten' (...) an der Nase herumführen. (...) Ein anderes Staatsmodell? Ein anderes Wirtschaftsmodell? Fehlanzeige." Und sogleich fabuliert Schwab in diesen Zusammenhängen weiter vor sich hin: „Die Erfolge der Vergangenheit (Adolf Hitler und Ludwig Erhard) sind künftig – ohne Strukturänderung – nicht mehr möglich, weil die Macht des Kapitals durch Eigentumskonzentration heute wesentlich größer ist als 1933. Das Primat

der Politik (...) ist heute ein reines Luftschloß. Denn wer für seinen Befehl Gehorsam ernten möchte, benötigt Macht. Und gesellschaftliche Macht ist immer eine Frage des Eigentums. Aber das Eigentum ist das Tabu der Rechten. Daran erkennt man die systemkonforme Rechte: Hände weg vom Kapital! Aber den Kapitalismus wollen wir schon irgendwie abschaffen". Allerdings sollte man wiederum, so Schwab nach dem Arnstädter Kampagnen-Auftakt, „die gute Absicht der Thüringer freien Nationalisten nicht verkennen".

Über ein Jahr benötigten die Gremien des Landtages in Erfurt, um schließlich am 31. März 2006 formal einen Antrag gegen Extremismus und Gewalt zu beschließen. Dieser beinhaltet unter anderem einen jährlich zu erstellenden Bericht der thüringischen Landesregierung über Rechtsextremismus und Gewalt. Die fast völlig fehlende Finanzierung für entsprechende Präventionsarbeit wurde allerdings kaum nachhaltig thematisiert. In CDU-Kreisen war man sich aber zumindest in einer Hinsicht sicher: „Einige Antifa-Gruppen sind nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems."

Olaf Meyer ■

Rieger, beim Deutschen Patent- und Markenamt sichern lassen. „Thor Steinar hat sich somit – bis auf minimale Unterschiede in der Darstellung des Adlers – eines nachweislich neonazistisch geprägten Motivs bedient“, so Markus Ragusch vom AIB. Erst vor einigen Wochen hat das Blatt gemeinsam mit dem schwedischen Antifamagazin EXPO aufgedeckt, dass ein ehemaliger Mitarbeiter der Modemarke Kontakte zur militanten Neonaziszene Schwedens hatte.

junge welt v. 26.4.06 ■

Arbeitsgemeinschaft Neuengamme zu Schönbohm-Provokation

HAMBURG. Die Arbeitsgemeinschaft Neuengamme e.V., der Verband der deutschen Überlebenden des KZ Neuengamme, hat ihre Solidarität mit den Überlebenden des KZ Sachsenhausen erklärt. In der Erklärung heißt es: „Ausdrücklich verurteilen wir jegliche Gleichsetzung der Verhältnisse in sowjetischen Speziallagern mit der planmäßigen Vernichtung in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern. Der Innenminister von Brandenburg Jörg Schönbohm (CDU) hatte am 23. April 2006 dazu aufgerufen, im Rahmen der Gedenkfeier zum 61. Jahrestag der Befreiung des KZ Sachsenhausen der Opfer des sowjetischen Speziallagers auf dem gleichen Gelände ebenfalls zu gedenken. Dies von den Überlebenden eines nationalsozialistischen KZ zu fordern, ist eine unverschämte Provokation.

Laut Tagesspiegel sagte Schönbohm in der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen vor den Überlebenden folgendes: „Es wäre ungerecht, hier in Sachsenhausen aber nicht auch der Menschen zu gedenken, die nach 1945 hier eingesperrt waren, ebenso rechtlos wie die KZ-Opfer. Auch nach 1945 wurde hier weiter gefoltert und getötet, starben Menschen an den furchtbaren Verhältnissen im sowjetischen Speziallager. (...) An sie muss deshalb um so nachdrücklicher erinnert werden, da ihrer über 40 Jahre lang an diesem Ort überhaupt nicht gedacht wurde. (...) Sie als Überlebende des Konzentrationslagers werden sicherlich besonders gut empfinden können, was dies bedeutet, nämlich eine andauernde Verhöhnung der Opfer über ihr körperliches und seelisches Leiden, ja über ihren Tod hinaus.“ (Tagesspiegel, 26. April 2006)

Die Arbeitsgemeinschaft Neuengamme hat sich immer gegen eine Gleichsetzung von Nationalsozialismus und Stalinismus ausgesprochen. Zu den in den Speziallagern Inhaftierten gehörten auch ehemalige Mitglieder der SS-Wachmannschaften, die für die Folter und Morde in den Konzentrationslagern verantwortlich waren. Wir sehen Schönbohms provokative Äußerungen auch im Zusammenhang mit dem Versuch mehrerer CDU-Politiker, unter ihnen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble, nach dem Mordversuch an Ermyas M. am vergangenen Osterwochenende die Gefahr des Rassismus in Deutschland leugnen zu wollen.

21.4.2006 ■

Vor Nazi- und Bundeswehraufmarsch bei der WM

Die Agentur dpa meldete am 3.4.06: „Die rechtsextreme NPD plant zur Fußball-Weltmeisterschaft einen Aufzug im Spielort Gelsenkirchen und hat damit Sorge bei der Polizei um das Ansehen von Deutschland und der Stadt ausgelöst. Der Aufzug ist für den 10. Juni angemeldet, einen Tag nach dem WM-Spiel Polen gegen Ecuador in Gelsenkirchen.“ Polizeipräsident Rüdiger von Schönfeldt will in Gesprächen mit den Nazis offenbar an deren Patriotismus appellieren: „Wir werden darlegen, dass wir als Polizei Gelsenkirchen eine große Verantwortung für das Ansehen von Deutschland haben.“

Bundesinnenminister Schäuble denkt über ein Verbot von Naziaufmärschen in der WM-Zeit nach. Davor wird aber wohl das Bundesverfassungsgericht stehen. Also werden die Nazis aufmarschieren, nationalistische polnische Hooligans ebenfalls – und die Uniformträger auch. Es sind 7.000 Bundeswehrsoldaten im Fall von „Großschadensereignissen“ für die Spielstätten aufgeboten worden – neben der gewaltigen Polizeipräsenz. Man darf damit rechnen, dass Schäuble an ein Szenario denkt, in dem die Polizei nicht Herr der Lage sein wird angesichts des „Großschadensereignisses“ mit Nazi-Provokateuren und antifaschistischen Gegendemonstranten; sodann werden die Bundeswehrsoldaten als Hilfspolizisten angefordert werden. Und schon hat Schäuble den Präzedenzfall, den er seit seinem Amtsantritt anstrebt: Das Eingreifen der Bundeswehr im Innern.

Die Antifaschisten sind gefordert, sowohl auf die Provokationen der Nazis als auch auf die Verfassungsbruchspläne des Innenministers zu reagieren. Denn der Einsatz der Bundeswehr ist im Innern nach dem Grundgesetz nicht erlaubt.

Ulrich Sander

Kein Bock auf Nazis

Am 28. April erscheint in Zuammenarbeit von ZSK und Turn it down! die DVD „Kein Bock auf Nazis“. Durch die Verteilung der „Schulhof-CD“ der NPD bei der wurde die rechte Partei unter Jugendlichen bekannt gemacht. Mit der DVD „Kein Bock auf Nazis“ sollen nun Jugendliche in Bezug auf das Thema Rechtsextremismus sensibilisiert werden. Prominente Unterstützung erhält das Projekt von verschiedenen Künstlern, die in Interviews von ihren Erfahrungen zum Thema berichten. Eine Dokumentation bietet darüber hinaus Einblicke in die rechte Szene. Keinen Bock auf Nazis haben: Die Ärzte, Die Toten Hosen, Donots, ZSK, Muff Potter, Lulia Hummer, Culcha Candela und Madsen.

Infos: http://www.keinbockaufnazis.de ■

Nazi-Angriff auf alternative Kneipe

DORTMUND. Am 29.4. kam es gegen 23 Uhr zu einem Angriff von ca. 20 Neonazis gegen die alternative Kneipe „Hirsch Q“ auf der Brückstraße in Dortmund. Dort fand ein Konzert statt und der Laden war sehr gut besucht. Gegen 23 Uhr kam eine Gruppe von ca. 20 teilweise vermummten Personen auf die „Hirsch Q“ zu. Sie bewarfen die große Fensterfläche der Kneipe mit Pflastersteinen und schlugen bzw. traten andere Scheiben ein. Darüber hinaus attackierten sie mehrere Personen, die sich im Eingangsbereich der Kneipe aufhielten massiv. Sie sprühten einen Reizstoff, vermutlich CS-Gas, in größeren Mengen in die Kneipe. Danach teilte sich die große Gruppe in mehrere Kleingruppen, die in verschiedene Richtungen flüchteten. Bei den Tätern handelte es sich tlw. um „Nationale Nationalisten“ bzw. „Anti-Antifa“-Aktivisten und tlw. um rechte Skinheads. Mehrere KneipenbesucherInnen verständigten die Polizei, die mit 8 Streifenwagen auftauchte und damit begann von allen Kneipenbesuchern die Personalien festzustellen und zu überprüfen. Darüber hinaus wurde eine Fahndung nach den Tätern eingeleitet. Auch die Presse ließ nicht lange auf sich warten und erschien mit 2 Kameramännern und einem Journalistenteam. Das Ergebnis des Naziüberfalls: Mehrere durch CS-Gas leicht verletzte KneipenbesucherInnen. Mehrere durch Schläge und Tritte leicht verletzte BesucherInnen. Mindestens ein schwer verletzter Besucher, der mit massiven Verletzungen im Gesicht (vermutlich Nasen- und Kieferfraktur) ins Krankenhaus musste. Vier zerstörte Scheiben und massig Scherben vor und in der Q.

Der WDR filmte die Szenerie und interviewte einige Kneipenbesucher über den Tathergang und die Hintergründe. Dabei war interessant, dass ein Zeuge wenige Stunden zuvor beobachtet hatte, wie sich mehrere Neonazis vor dem Laden „Donnerschlag“ sammelten, was dazu passt, dass mehrere Zeugen betonten, Personen aus dem Donnerschlag-Umfeld erkannt zu haben. Die klaffenden Löcher in der Scheibenfront blieben nicht lang bestehen, sie wurden durch einen Glaser provisorisch geschlossen. Der Polizei gelang es 15 tatverdächtige Personen in Gewahrsam zu nehmen.

Dortmunder AntifaschistInnen

29.04.2006, http://de.indymedia.org ■

Täter verurteilen – Opfer entschädigen!

Bundesweiter Aktionstag für die sofortige Anklageerhebung gegen NS-Täter

Am Samstag vor dem 8. Mai, dem Tag der Befreiung vom Faschismus, planen regionale Gruppen und Initiativen einen gemeinsamen Aktionstag in Hamburg, Wollin/Brandenburg, Düsseldorf, Krefeld, Freiberg, Ortenberg/Frankfurt und Rümmingen/Freiburg. In all diesen Orten leben ehemalige Angehörige der 16. SS-Panzergrenadier-Division, die 2005 in Italien als Kriegsverbrecher zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt worden sind. Am 8. Mai soll zudem vor der zuständigen Staatsanwaltschaft in Stuttgart eingefordert werden, dass die längst überfälligen Strafverfahren gegen Kriegsverbrecher schleunigst eröffnet werden, solange die damaligen Mörder noch belangt werden können. Die Massaker und die hierfür Verantwortlichen sind nicht vergessen.

Das kleine Bergdorf Sant'Anna di Stazzema liegt in 600 Metern Höhe am Südrand der Apuanischen Alpen. Von der Dorfkirche aus blickt man auf das Mittelmeer bei Viareggio, 25 Kilometer nördlich von Pisa. Im Sommer 1944 waren die Alliierten von Süden her auf dem Vormarsch und die deutschen Besatzungstruppen bezogen quer über den schmalen Küstenstreifen und über die Berge eine neue Frontlinie.

Die ganze italienische Bevölkerung vom Säugling bis zum Greis wurde von den Wehrmachtsstellen zu dieser Zeit allgemein als Feind betrachtet, in der Sprache der Nationalsozialisten hieß das: Gegen diese „Banditen und Bandenhelfer" sei „die Truppe daher berechtigt und verpflichtet auch gegen Frauen und Kinder jedes Mittel anzuwenden, wenn es nur zum Erfolg führt." Anfang August 1944 hatten sich die vorher in der Gegend operierenden Partisanenverbände wegen der deutschen Militäroperationen bereits zurückgezogen. In Sant'Anna hielten sich jedoch weit mehr als die zu Friedenszeiten etwa 300 Bewohner auf. Viele Menschen aus den Küstenstädten suchten Zuflucht vor Krieg, Bombardements und Hunger. Zudem waren die Männer dort vor Rekrutierung zu Wehrdienst und Zwangsarbeit sicher. Daher flohen auch die meisten Männer, als sich am frühen Morgen des 12. August 1944 Truppen auf Sant'Anna zu bewegten. Die vier Kompanien der 16. SS-Panzergrenadier-Division „Reichsführer SS" marschierten auf allen drei Zuwegen hinauf zum entlegenen Bergort. Bei den weiträumigen Absperrung des bergigen Geländes leisteten nach neuen Erkenntnissen weitere Wehrmachtstruppen u.a. auch aus der Mittenwalder Gebirgsjägerschule Hilfe.

Die etwa 300 Soldaten der SS-Division trieben die Menschen, vor allem Kinder, Frauen und alten Menschen zusammen oder erschossen sie gleich in ihren Häusern und brannten diese nieder. Vor der Dorfkirche wurde die größte Gruppe zusammengetrieben und erschossen. Die Menschen beteten, als sie im Maschinengewehrfeuer getötet wurden. Nach dem Blutrausch wurden die Leichen samt Kirchgestühl mit Flammenwerfern in Brand gesetzt. Insgesamt 560 Menschen wurden in Sant'Anna di Stazzema von der SS-Division ermordet.

„Da saßen sie vor ihren kleinen Häuschen. Sie waren ganz still. Ich habe geschossen. Alle haben geschossen. Wir haben einen ganzen Patronengurt leergefeuert." (Ludwig Göring, damals SS-Rottenführer)

In wenigen Situationen siegte bei einzelnen Soldaten das menschliche Mitgefühl über die nationalsozialistische Pflichterfüllung. Sie ließen einige der zum Tod Bestimmten in den Wald entkommen, schossen in die Luft. Die Kinder und Frauen, die dem Massaker entkommen konnten, verdanken ihr Leben denjenigen, die den Befehl zum Mord unterliefen. Am 12. August 1944 in Sant'Anna waren die meisten Tatbeteiligen jedoch gehorsam bis zum Mord. Und sie haben bis heute kein Unrechtsbewusstsein entwickelt.

Protest in Mittenwald 2003

Strafverfolgung in Deutschland wird weiter verschleppt

Fast 60 Jahre hat es gedauert, bis gegen einige dieser Täter endlich Anklage erhoben wurde. Nach dem zweiten Weltkrieg waren die Akten der von den Alliierten sofort eingeleiteten Ermittlungen schon bald aus Rücksichtnahme auf den NATO-Partner Deutschland zurückgehalten worden. Nach dem Ende des Kalten Krieges wurde von der italienischen Militärstaatsanwaltschaft das Verfahren

Beteiligt euch an den Mobilisierungen in Hamburg, Wollin/Brandenburg, Düsseldorf, Krefeld, Ortenberg/Frankfurt, Freiberg, Rümmingen/Freiburg und Stuttgart.

Am 6. Mai 2006 demonstrieren wir vor den Wohnhäusern der in Italien verurteilten Kriegsverbrecher und am 8. Mai 2006, dem Tag der Befreiung vom Faschismus, vor der Staatsanwaltschaft in Stuttgart, um der Forderung nach einer umgehenden Eröffnung der Verfahren Nachdruck zu verleihen. Treffpunkte am 6. Mai 06 sind u.a. :

Krefeld: 11.00 Uhr, Dionysiusplatz, an der Kirche vor dem Brunnen
Dortmund: 11.00 Uhr, Metzerstr/ Kuithanstraße
Düsseldorf: 12.00 Uhr, Markuskirche
Düsseldorf-Vennhausen: Sandträgerweg 101(zu erreichen vom HBF mit dem Bus 721 Ri Gothaer Weg oder 736 Ri Gerresheim Morperstr. bis Haltestelle „In den Kotten")
Wolin (Brandenburg): 14.00 Abfahrt 77 A2
Hamburg-Volksdorf, 11.30 Uhr Weiße Rose/Claus-Ferck-Straße
Stuttgart: 8. Mai 17.00 Uhr, Kundgebung vor der Staatsanwaltschaft

UnterstützerInnen des bundesweiten Aktionstags zu Sant'Anna: Regionale Bündnisse aus Hamburg (AK Sant'Anna, AK Distomo, Avanti - Projekt undogmatische Linke, Libertäre Harburg, VVN-Bund der Antifaschisten Hamburg), Wollin-Berlin/Brandenburg (Gruppe Gegenschlussstrich Berlin, VVN-Bund der Antifaschisten Berlin), Dortmund-Düsseldorf-Krefeld/Nordrhein-Westfalen (Antifaschistische Initiative Wuppertal, AK Angreifbare Traditionspflege NRW, Autonomes Zentrum Wuppertal, Jugendclub Courage e.V. Köln, Antifa-KOK Koordinierungskreis Düsseldorf, Antirassismustelefon Essen, Sant'Anna-UnterstützerInnen Ruhrgebiet, VVN-Bund der Antifaschisten NRW), Ortenberg-Frankfurt/Hessen (Antifa Action Noir, AntiFa R4 Giessen, Autonome Antifa [f], Bündnis gegen Antisemitismus Rhein/Main, Infoladen Giessen, Jugend Antifa Frankfurt sinistra! [ffm]), Freiberg-Chemnitz-Dresden/Sachsen (Alternative Stadtzeitung „FreibÄrger", Alternatives Kultur- und Bildungszentrum e.V. Pirna, Antifaschistische Gruppe Freiberg-Brand-Erbisdurf, Antifaschistische Hochschulgruppe Dresden, Antifaschistisches Rechercheteam Dresden, Antifaschistisches Rechercheteam Ostsachsen, Antifa 2005, AG Christen in der Antifa, Freiberger Jugendinitiative „Buntes Leben", Linkspartei.PDS Kreisverband Freiberg, Schule ohne Rassismus-Schule mit Courage (Rüleingymnasium Freiberg), Antifa Dresden), Karlsruhe-Stuttgart-Freiburg/Baden-Württemberg (VVN-Bund der Antifaschisten Karlsruhe, Antifaschistische Initiative Gegen das Vergessen Stuttgart, VVN-Bund der Antifaschisten Kreisvereinigung Stuttgart, AG Partigiani Freiburg) sowie Verein zur Förderung alternativer Medien Erlangen.

1994 wieder aufgenommen. Im April 2004 wurde dann endlich der Prozess in diesem umfangreichen Verfahren vor dem Militärgericht von La Spezia eröffnet. Im Juni 2005 verurteilte das Gericht alle zehn angeklagten ehemaligen SS-Offiziere zu lebenslangen Haftstrafen und Entschädigungszahlungen. Das Urteil stellt fest: Das Massaker von Sant'Anna war eine geplante Mordaktion. Die Verurteilten verfügten über Befehlsgewalt, sie haben verbrecherische Befehle zum Mord ausgegeben oder selbst exekutiert. In La Spezia wurde jedoch in Abwesenheit der Angeklagten verhandelt, da die Bundesrepublik Deutschland keine Deutschen ausliefert. Dieser deutsche Täterschutz gilt auch nach der Verurteilung wegen Mordes. Damit die Täter auch vor Gericht erscheinen müssen und das Urteil nicht wirkungslos bleibt, müsste es einen Prozess in Deutschland geben. Dieser steht allerdings noch aus.

Seit 2002 ermittelt die Staatsanwaltschaft in Stuttgart gegen insgesamt 14 Beschuldigte. Obwohl den Stuttgarter Ermittlern das italienische Urteil und die Akten vorliegen, wurde bisher keine Anklage erhoben. Der Stuttgarter Staatsanwalt hatte bei einem Besuchstermin in La Spezia noch gegenüber den Opfern versprochen, dass nach einem Urteil in Italien zügig ein Prozess in Deutschland eröffnet wird.

Für den Opferverein von Sant'Anna hat der Vorsitzende Enrico Pieri unmittelbar nach dem Urteil Nebenklage beantragt. Er selbst hat als Kind das Massaker überlebt und musste zuschauen, wie fast seine ganze Familie im elterlichen Haus ermordet wurde. Doch die deutschen Ermittler in Stuttgart verzögern das Verfahren. So wird seiner Rechtsanwältin Gabriele Heinecke immer noch die Akteneinsicht verweigert. Neben der Verschleppung des Verfahrens bis zum Tod der Beschuldigten ist das Standardargument zu Verschonung von NS-Tätern: Totschlag: Die deutschen Ermittler stufen die Tötungen nicht als Mord, sondern als Totschlag ein. Diese Tat wäre nach deutschem Recht verjährt. Dieses Qualifizierung von NS-Verbrechen als Totschlag wird sogar bei der Tötung von wehrlosen Frauen und Kindern wie in Sant'Anna bemüht. Dazu wird die Tat zunehmend aus der Sicht der NS-Täter beurteilt. Diese „Totschlag"-Argumentation deutscher Ermittlungsbehörden im Zusammenspiel mit bewusster Verschleppungspolitik kommt fast durchgehend bei allen Strafverfahren gegen NS-Täter zum Tragen. So musste sich bis heute auch noch keiner der 200 angezeigten Gebirgsjäger der 98. Kompanie für den Mord an 317 Menschen im griechischen Kommeno am 16. August 1944 vor Gericht verantworten.

Lars Reismann ■

Wunsiedel und kein Ende

Wunsiedels Bürgermeister Beck auf Antifa-Veranstaltung unter Beschuss: Bekommen örtliche Nazis noch größeren Treffpunkt?

Zu einem für Wunsiedels 1.Bürgermeister Kurt-Willi Beck ziemlich peinlichen Moment ist es bei einer Veranstaltung des „antifaschistischen rechercheteams nordbayern" (art – nb) am vergangenen Ostersamstag im Wunsiedeler Jugendzentrum gekommen. Beck war in Begleitung seines Stellvertreters und Sprechers der Bürgerinitiative „Wunsiedel ist bunt", Matthias Popp, sowie einem Mitarbeiter des lokalen Ordnungsamtes zu der im Vorfeld öffentlich stark beargwöhnten Veranstaltung des „art – nb" gekommen und hatte sich in überaus positiver Weise einer zum Teil sehr kontroversen Diskussion gestellt.

Nicht erwartet hatte er jedoch, dass ein Vertreter des Juso-Bezirksverbandes ihn mit einer höchst unangenehmen Neuigkeit konfrontierte, welche offenbar im Wunsiedeler Stadtrat derzeit hinter verschlossenen Türen diskutiert wird.

Demnach will die Stadt den überregional bekannten rechtsextremen Szenetreff „Lokalbahn" aufkaufen. Nach Angaben des Juso-Vertreters sei als Tauschobjekt für die alte Bahnhofsgaststätte ein leer stehendes einstiges Möbelhaus im Gespräch. Ein solcher deutlich größerer Veranstaltungsraum würde es den Betreibern aus der rechten Szene erlauben, künftig noch größere monatliche Konzert-Veranstaltungen mit Nazi-Bands und deutlich überregionalem Einzugsgebiet zu organisieren. Sei der fragliche Szenetreff „Lokalbahn" schon jetzt Anlaufpunkt rechtsextremer Klientel aus der ganzen Region, würde ein großer „brauner" Konzertsaal Wunsiedel vollends zum rechtsextremen Zentrum in Franken machen, kritisierten Antifa-Vertreter. Etwas hilflos zog sich Beck auf die Bemerkung zurück, es handele sich dabei um ein „schwebendes Verfahren" und er werde dazu nicht Stellung nehmen, gab so aber indirekt zu, das an der Geschichte etwas dran ist. Die rund 50 Besucher der Veranstaltung zeigten sich über diese widersprüchlichen Haltungen der Stadt erstaunt. Zum einen strich Matthias Popp heraus, wie stark sich Stadt und Bürgerschaft gegen Nazis zu engagieren bemühten, andererseits laufen offenbar höchst bedenkliche Geheimverhandlungen des Stadtrats mit dem Wirt der „Lokalbahn".

Jugendliche aus Wunsiedel berichteten über zahlreiche, zum Teil schwere rechtsextreme Angriffe und die unter jungen WunsiedelerInnen grassierende Angst vor den sich in der Stadt an mindestens zwei identifizierten Nazi-Treffs tummelnden Gruppen gewaltbereiter rechtsextremer Pöbler und Schläger. Die Polizei halte die berichteten Vorfälle meist nicht für einer Meldung wert, die Lokalpresse reagiere überhaupt nicht (und druckt statt dessen diffamierende Leserbriefe der Gegenseite) und selbst vor Gericht würden überführte Täter mit Samthandschuhen angefasst, klagte eine betroffene Jugendliche. „Der Tag ist nicht weit, dass ich mich nachts nicht mehr durch Wunsiedel zu gehen traue", meinte ein junger Mann.

Bayern führt den Einbürgerungstest ein

Zwar gestand 2. Bürgermeister Matthias Popp ein, selbst „seine liebe Not" mit der Arbeit der lokalen Presse zu haben, 1. Bürgermeister Beck merkte jedoch wenig sensibel an, er habe keine Angst des Nachts durch Wunsiedel zu gehen. Das „art – nb" zeigte sich jedoch sehr zufrieden mit dem Abend im örtlichen Juz und freute sich, mit der zuständigen Stadtspitze und VertreterInnen der Bürgerinitiative ins Gespräch gekommen zu sein.

Denn bei allen Meinungsverschiedenheiten, was den Umgang mit der dramatisch wachsenden Nazi-Szene in und um Wunsiedel angehe, sei doch klar geworden, dass das Problem als solches von allen erkannt werde und man langfristig nicht aneinander vorbei komme, fasste ein Sprecher von „art – nb" zusammen.

antifaschistisches rechercheteam - nordbayern
e-Mail: art-nb@everymail.net ■

Taktischer Wechsel

Bahn lenkt wegen Ausstellung nur scheinbar ein

BERLIN/PARIS/KARLSRUHE. Nach dem Ende der Obstruktion des Managements der Deutschen Bahn AG gegen eine bundesweite Wanderausstellung über die NS-Kinderdeportationen ist das seit zwei Jahren geforderte Gedenken an die Todeszüge in die Vernichtungslager noch immer nicht sichergestellt. „Die Demonstrationen in über zehn deutschen Städten und der daraufhin wachsende politische Druck haben die Bahn AG zum Einlenken gezwungen“, urteilt die Sprecherin der Initiative Elftausend Kinder gegenüber dieser Redaktion, aber fügt hinzu: „Zugleich wird weiter versucht, das Gedenken örtlich einzuschränken und dem Großteil der Reisenden vorzuenthalten.“ Die Bahn AG hatte am Mittwoch mitgeteilt, sie werde die geforderte Ausstellung nunmehr zulassen und wolle konzeptionelle Fragen in den kommenden Wochen klären; allerdings bevorzuge man Ausstellungsflächen abseits der zentralen Publikumsbahnhöfe.

Wie german-foreign-policy.com aus Kreisen der Bundespolizei erfuhr, bemüht sich die Bahn um Stellungnahmen, wonach ihre Bahnhöfe „sicherheitstechnisch gefährdet“ seien und deswegen für die bereitstehenden Fotos der Ermordeten nicht in Frage kämen. „In Frankreich wurde die Ausstellung ‚Elftausend Kinder‘ an den Orten des Geschehens mit Erfolg gezeigt, warum sollte das in der Bundesrepublik nicht möglich sein?“, fragt Prof. Ahlrich Meyer (Oldenburg) in einem Interview mit german-foreign-policy. „Eine Ausstellung inmitten des Publikumsverkehrs auf den Bahnhöfen würde deutlich machen, was seinerzeit ein offenes Geheimnis war. Etwa 36 Stunden fuhren die Deportationszüge aus Frankreich quer durch Deutschland. (...) Unter der deutschen Zivilbevölkerung war bekannt, dass viele Juden unterwegs in den Güterwaggons verhungerten oder erstickten.“

Die vorgestern (26.4.06) verbreitete Presseerklärung der Bahn AG [1] gesteht das Scheitern der bisherigen Management-Strategie unter Konzernchef Mehdorn ein, der seit Dezember 2004 versucht hatte, sämtliche deutschen Publikumsbahnhöfe für die Erinnerung an das NS-Deportationsgeschehen zu sperren. „Aus grundsätzlichen Erwägungen“, so Mehdorn damals [2], müsse es die Bahn ablehnen, den Reisenden Fotos jener Kinder zu zeigen, die zwischen 1942 und 1944 auf dem deutschen Schienennetz von Frankreich nach Auschwitz sowie in andere Vernichtungslager verbracht wurden. Entsprechende Dokumente hat die Pariser Organisation „Fils et Filles des Deportés Juifs de France“ (FFDJF) gesammelt [3] und mit Unterstützung der französischen Staatsbahnen SNCF auf 18 Stationen, darunter im Pariser Gare du Nord, der Öffentlichkeit präsentiert.

Wertekanon

Mehdorns grundsätzliche Erwägungen, die ihn an vergleichbaren Maßnahmen im Bereich der DB AG hinderten, blieben weitgehend unklar. Mal fehlte dem milliardenschweren Unternehmen das Geld, um die geringfügigen Ausstellungskosten zu tragen [4], ein anderes Mal sah sich der Bahn-Vorstand durch Einzahlung eines „hohen Millionenbetrags“ in die Stiftungskasse der deutschen Industrie von weiteren Verpflichtungen befreit [5]. Als besonders herausfordernd war in der deutschen Öffentlichkeit eine Stellungnahme des vormaligen Bahnsprechers Klingberg empfunden worden, wonach es in Bahnhöfen an der nötigen Pietät mangele, die beim Betrachten von Fotos der deportierten Kinder erforderlich sei. [6] Zum Zeitpunkt dieser Einlassung hatte das Unternehmen zahlreichen Foto-Ausstellungen zugestimmt, die durch große Publikumsbahnhöfe wanderten und prämiierte Pressebilder mit Kriegs- und Hungerszenen zeigten – allerdings gegen Bezahlung und ohne Bezug zur dunklen Geschichte des heutigen Bahnunternehmens. Sofern historische Erwägungen die breite Öffentlichkeitsarbeit der Bahn AG bestimmen, scheinen sie in hellem Licht des deutschen Nationalbewusstseins glänzen zu müssen. Dies zeigt eine aktuelle PR-Initiative des Unternehmens, die ein Mehrfaches der benötigten Ausstellungsgelder kostet: Statt der Deportationszüge wird das Reisepublikum in den kommenden Wochen jene Bahnwaggons sehen dürfen, mit denen die deutsche Nationalelf von ihrem Weltmeistereinsatz in Bern anno 1954 zurückkehrte. [7] Anlässlich des Werbe-Events auf dem Stuttgarter Hauptbahnhof am vergangenen Wochenende schrieb das Schwäbische Tagblatt über den Wertekanon der Konzernführung: „Eine Ausstellung über den Transport von Juden nach Auschwitz durch die Reichsbahn (...) hatte die Deutsche Bahn AG auf ihren Bahnhöfen vehement abgelehnt (...). Wenn aber König Fußball spricht, sieht die Welt schon anders aus.“[8]

Foto: arbeiterfotografie

Schicksale

Die als „fadenscheinig“ und verlogen beurteilte Schlussstrich-Politik der Bahn AG war in den vergangenen Monaten auf heftiger werdende Widerstände gestoßen. Dazu trugen mehrere Demonstrationen und Behelfsausstellungen bei, die von den selbständigen Gruppierungen der bundesweiten Initiative Elftausend Kinder ausgingen. Bei den Aktivitäten, so in Weimar, Stuttgart und Köln [9], wirkte unter anderem Beate Klarsfeld mit, die „Fils et Filles des Deportés Juifs de France“ (FFDJF) in Deutschland vertritt. FFDJF bietet der Bahn AG weiterhin an, die in Frankreich erfolgreiche Ausstellung in modifizierter Form zu übernehmen. Zusätzliche Ausstellungselemente hält das Mitglied der deutschen Initiative Christoph Schwarz bereit. Schwarz hat in den vergangenen Monaten über aus Frankreich deportierte Kinder mit deutschem und österreichischem Geburtsort gearbeitet – etwa 150 dieser Schicksale dokumentiert das Fotomaterial, das ab dem 14. Mai in Karlsruhe zu sehen sein wird. [10]

Dichtung und Wahrheit

Die Aktivitäten der Initiativgruppen erweiterten den ständig größer werdenden Unterstützerkreis [11], dessen internationale Zusammensetzung den expansiven Interessen des Bahn-Managements zu schaden begann [12]. Als sich der Zentralrat der Juden in Deutschland Ende März zu einer öffentlichen Stellungnahme veranlasst sah [13], kam das Obstruktionsgebäude der Konzernführung endgültig ins Wanken. In einer publizistischen Notoperation verkündete der ausgewechselte Unternehmenssprecher am 3. April, man wolle die Ausstellungsinitiative nun doch „unterstützen“. Für uninformierte Leser hieß es: „Anderweitige Darstellungen entsprächen nicht den Fakten“ - eine neuerliche Bahn-Formulierung zwischen Dichtung und Wahrheit.[14]

Leibesvisitationen

Die bemühten PR-Korrekturen an einem Kurs, der nicht aufrecht erhalten werden konnte, blieben weitgehend erfolglos. Da man im Berliner DB-Hochhaus weiter meinte, nur Ausstellungsorte in der

„Nähe von Bahnhöfen“ kämen in Betracht, schlussfolgerte die Saarbrücker Zeitung: „Damit ist klar, dass die Bahn Fotos deportierter Kinder immer noch nicht in ihren eigenen Gebäuden haben möchte (...). Alle anderen Orte sind nicht mehr als ein Abstellgleis.“[15] Diese Einschätzung wird in der am Mittwoch veröffentlichten Pressemitteilung der Bahn AG bestätigt. Demnach soll bis Ende Mai ein Ausstellungskonzept erarbeitet werden, ohne das Zielpublikum zu berücksichtigen – ob es sich um die Reisenden auf den zentralen deutschen Publikumsbahnhöfen handelt oder um speziell interessierte Besucher, die auf museale Anlagen verwiesen werden, bleibt unausgesprochen. In welche Richtung die Bahn-Überlegungen zielen, zeigt der Applaus für einen Vorschlag des Verkehrsministers. Demnach müssten sich Berliner Ausstellungs-Interessenten gelegentlichen Leibesvisitationen unterziehen, um in den Lichthof des Ministeriums eingelassen zu werden – diese Adresse sieht Wolfgang Tiefensee (SPD) allen Ernstes als Premierenort für die von ihm befürwortete Wanderausstellung vor.

Profite

„Die Mehdorn-Gruppe handelt nicht aus Einsicht, sondern hat nur die Taktik gewechselt“, urteilt ein Beteiligter der Verhandlungen vom vergangenen Mittwoch gegenüber german-foreign-policy.com. „Ginge es um die Dimension der begangenen Verbrechen, müsste der Bahn-Vorstand längst zugestimmt haben.“

Über das Ausmaß der Deportationen der Reichsbahn, des Vorgängerunternehmens der heutigen Bahn AG, sagt der Oldenburger Historiker Prof. Ahlrich Meyer:

Die Gesamtzahl der aus politischen Gründen in die Konzentrationslager des Reichs deportierten Franzosen betrug etwa 90.000, und 76.000 französische und ausländische Juden – darunter mehr als 11.000 Kinder unter 18 Jahren – wurden in die Vernichtungsstätten des Ostens transportiert. Dazu bedurfte es eines modernen Massenverkehrsmittels wie der Eisenbahn. (...) Ein Teil der Gebühren wurde von der französischen Eisenbahngesellschaft SNCF erhoben, aber der größere Teil – für die Bahnstrecken auf dem Reichsgebiet – floss in die Kasse der Deutschen Reichsbahn (...). Diese Profite sind meines Wissens niemals offengelegt worden.“

www.german-foreign-policy.com
28.4.2006 ■

[1] Konzept für Ausstellung über Deportation jüdischer Kinder wird erstellt; Pressemitteilung der Deutschen Bahn AG 26.04.2006
[2] Fotos Deportierter sollen in die Nähe von Bahnhöfen; Saarbrücker Zeitung
[3] Lesen Sie dazu unser EXTRA-Dossier
[4] s. dazu Elftausend Kinder
[5] Deutsche Bahn AG unterstützt Ausstellung, die an den Transport jüdischer Kinder nach Auschwitz erinnert; Pressemitteilung der Deutschen Bahn AG 03.04.2006
[6] s. dazu Armselig
[7] s. dazu Phoenix aus der Asche
[8] WM-Zug von 1954 macht Station; Schwäbisches Tagblatt 19.04.2006
[9] Lesen Sie dazu die Veranstaltungsberichte in unserem EXTRA-Dossier.
[10] s. auch Weichenstellung
[11] Eine vollständige Übersicht der Zeichner des Offenen Briefes an die Bahn AG finden Sie auf unserer Website
[12] s. dazu „Verkehrsraum“ - bis nach China, Demütigende Übernahme und Beispiellos sowie Deutsche Industrienorm (DIN)
[13] s. dazu Weichenstellung
[14] Deutsche Bahn AG unterstützt Ausstellung, die an den Transport jüdischer Kinder nach Auschwitz erinnert; Pressemitteilung der Deutschen Bahn AG 03.04.2006
[15] Immer noch das Abstellgleis; Saarbrücker Zeitung

„Ich erinnere mich an diesen Deutschen ganz genau ...“

Der Lischka-Prozess: Drei NS-Täter 1979 vor Gericht in Köln. Wie erinnerte man sich in der Bundesrepublik in den 1970er-Jahren an die Verbrechen des Nationalsozialismus? Welche Rolle spielten die Täter, welche Rolle die Opfer und wie verhielt sich die Justiz? Der Prozess gegen Lischka, Hagen und Heinrichsohn, der von Oktober 1979 bis Februar 1980 vor dem Schwurgericht beim Kölner Landgericht stattfand, markierte den Beginn eines neuen Denkens über Recht und Unrecht, Schuld und Verantwortung. Dieser Einstellungswandel fiel schwer: Auch dreißig Jahre nach Kriegsende bedurfte es in der Bundesrepublik noch einer gewissen Zivilcourage, um öffentlich Stellung gegen die Täter aus der Nazi-Zeit zu beziehen. Den hier skizzierten Fragen und Themenfeldern wird eine Ausstellung über den Lischka-Prozess im NS-Dokumentationszentrum in Köln nachgehen. Ausstellungseröffnung ist am 11. Mai um 19 Uhr, u.a. mit Dr. Werner Jung, Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes, Anne Klein (Projektgruppe Lischka-Prozess, Jugendclub Courage), Beate Klarsfeld, szenische Lesung »Täter - Opfer - Zuschauer«.

NS-Dokumentationszentrum im EL-DE Haus Köln, Appellhofplatz 23-25, Ausstellungsdauer 12.5. bis 16.9. 2006, umfangreiches Rahmenprogramm von Mai bis September, Öffnungszeiten: Di-Fr 10-16 Uhr, Sa, So 11-16 Uhr

Berlusconi knapp abgewählt

Diskussion über Hintergründe und Konsequenzen erst am Anfang

Bis Ostern hatte Berlusconi den Wahlsieg der Opposition und seine eigene Niederlage nicht anerkannt. Dabei hatte sein eigener Innenminister das Wahlergebnis bekannt gegeben, das auch durch eine Neubewertung von ungültigen Stimmen nicht mehr wesentlich verändert werden kann. Danach hatte in der Abgeordnetenkammer das oppositionelle Bündnis Unione unter der Führung von Romano Prodi 19.001.684 Stimmen (49,8%) erhalten gegenüber 18.976.460 Stimmen (49,7%) für Berlusconis Casa delle Libertà (Haus der Freiheiten). Eine von Berlusconi herbeigeführte Wahlrechtsänderung garantiert der siegreichen Koalition eine Mindestzahl von Sitzen. Deshalb hat die Mitte-Links-Koalition trotz des äußerst knappen Stimmenergebnisses eine Mehrheit von 348 zu 281 Abgeordneten. In der zweiten Kammer, dem Senat, führt Mitte-Links mit nur zwei Stimmen (158:156).

Entgegen allen Feststellungen des Staatspräsidenten und des für die Wahl zuständigen Innenministeriums hat Berlusconi von „Wahlbetrug“ gesprochen und von „zu vielen dunklen Seiten“ des Wahlergebnisses und gefordert: „Das Wahlergebnis muss sich ändern“. Kritische Beobachter, z.B. in der Zeitung il manifesto, sehen darin mehr als eine Art kindische Trotzreaktion. Sie sehen ein Spiel auf Zeit mit erheblichen Risiken. So wird der Auftrag zur Regierungsbildung erst nach der Neuwahl des Staatspräsidenten am 13. Mai erfolgen, was Berlusconi die Möglichkeit gibt, bis in den Juni im Amt zu bleiben. Mancher hält für möglich, dass politische Erschütterungen wie z.B. ein schweres Attentat einen Notstand herbeiführen könnten, der Berlusconi erlauben könnte, „im nationalen Interesse“ die Regierungsgeschäfte weiter zu führen. Und die italienische Nachkriegsgeschichte kennt zahlreiche Attentate, mit denen auch staatliche Stellen in Verbindung gebracht werden …

Die Kehrseite von Berlusconis Weigerung, das Wahlergebnis anzuerkennen, ist seine Forderung nach einer „Großen Koalition“ nach deutschem Vorbild. Damit könnte er in der Regierung verbleiben und faktisch ein Vetorecht gegen unliebsame Gesetzesvorhaben ausüben. Prodi und die meisten anderen Kräfte der Unione lehnen eine Große Koalition oder größere Vereinbarungen mit der Gegenseite ab. Prodi will mit einer eigenen Regierung das Programm der Unione aus dem Wahlkampf, eine 280-seitige Übereinkunft, umsetzen. Dazu zählt auch der Rückzug der italienischen Truppen aus dem Irak zum technisch schnellstmöglichen Zeitpunkt, in jedem Fall in diesem Jahr.

Die Bedingungen für eine Reformpolitik sind trotz der deutlichen Mehrheitsverhältnisse in der Abgeordnetenkammer schwierig. Das Verhältnis der abgegebenen Stimmen spiegelt ein politisches Patt in der Gesellschaft wider. Kann erfolgreich regiert werden, wenn das rechte Lager so stark und das eigene Bündnis von Christdemokraten über Linksdemokraten bis hin zu Kommunisten so unterschiedlich ist? In der Diskussion wird auch an die Position der Kommunistischen Partei unter Berlinguer Anfang der 70er Jahre erinnert. Damals wurde unter dem Eindruck des Militärputsches in Chile und mit Blick auf einen Historischen Kompromiss eine breitere Mehrheit für eine Regierung vorausgesetzt. Das hält Fausto Bertinotti, Sekretär von Rifondazione comunista (PRC), heute nicht für zutreffend.

Rifondazione hat übrigens innerhalb der Mitte-Links-Koalition am deutlichsten hinzugewonnen und mit 5,8% in der Abgeordnetenkammer ein gutes und mit 7,4% im Senat ein ausgezeichnetes Ergebnis erzielt. Bertinotti erklärte also in einem Interview zur Frage der Regierungsbeteiligung: „Heute ist die Situation völlig anders. Jene Parteien (Christdemokratie, PCI – rok), jene Parteiformen gibt es nicht mehr … Heute wird das Wahlergebnis ein Mandat für die Parteien, die an der Koalition teilnehmen. Es ist ein Auftrag zu regieren und jedenfalls das Programm umzusetzen, mit dem du dich zur Wahl gestellt hast. Man kann sagen, was man will, aber der Auftrag scheint mir klar: Die Unione muss regieren … Aber Achtung: Was man auf der parlamentarischen Ebene realisiert, ist eine Sache, was in der Gesellschaft passiert, ist etwas anderes … Damit will ich sagen, dass man mit einer Stimme Mehrheit in der Abgeordnetenkammer regiert, aber mit 51% realisiert man nicht die Reformen in der Gesellschaft. Ich denke freilich nicht an eine Logik von Volksabstimmungen auf Schritt und Tritt. Ich denke aber, dass das, was im Parlament mit einer knappen Mehrheit durchgehen kann, dann mit einer viel breiteren Zustimmung leben muss. Einer Zustimmung, die sich in tausend Formen von Teilnahme ausdrücken kann: von der Auseinandersetzung bis zu den Stellungnahmen der örtlichen Verbände bis hin zu vielen anderen Formen, die man sich ausdenken muss. Jedenfalls wird es gerade im Sozialen sein, wo es um die Fähigkeit zur Hegemonie geht, darum, zum Motor der Veränderung zu werden. Um es noch klarer zu sagen: Mit 51% kannst du die Normen verändern, die die lebenslange Prekarität einer ganzen Generation etablieren. Aber um das zu verändern, wirklich zu reformieren, brauchst du die Zustimmung von 60, 70% des Landes“.

Gerade erst begonnen hat auch die Diskussion, welche gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen dieses Wahlergebnis möglich gemacht haben. Das heißt, nicht nur den hauchdünnen Vorsprung von Mitte-Links, sondern auch das unerwartet starke Abschneiden von Mitte-Rechts. Schließlich hatten die Meinungsforscher Mitte-Links deutlicher vorne. Außerdem hat Berlusconi einen äußerst polemischen, beleidigenden und polarisierenden Wahlkampf geführt, den viele als widerwärtig empfunden haben. Auch ein Teil des bürgerlichen Lagers wie der Industriellenverband, Banken, große Zeitungen hatten sich gegen Berlusconi gewandt, allerdings nicht der Vatikan. Berlusconi hat jede Trennungslinie zu den Faschisten aufgegeben, Teil seines Bündnisses waren auch die Alternativa sociale der Duce-Enkelin Alessandra Mussolini und die faschistische Fiamma tricolore. Seine Regierungsbilanz war schlecht, die Präsenz italienischer Soldaten stark in der Kritik und die wirtschaftliche Lage des Landes niederschmetternd. Und doch hat Berlusconi mit seiner Allianz fast jede zweite Stimme geholt und seine eigene Position in der Rechtskoalition eher noch gestärkt. Die Rechte hat erneut die entwickeltsten Regionen im Norden dominiert, aber auch in den zunehmend bedrohten Peripherien im ganzen Land zugelegt. Ein bedrückendes Ergebnis und eine harte Nuss auch für die linke Analyse und Kritik, die sich damit schwer tut.

Berlusconi mit Mussolini-Enkelin

Sicherheitsdienst beobachtet das Publikum

In einzelnen Beiträgen der Zeitung il manifesto wird etwa vertreten, dass die alten Kategorien der Analyse von einem reichen Oben und einem armen Unten in Italien so nicht mehr gelten, sondern dass in der gesellschaftlichen Realität die Lebensverhältnisse häufig von komplizierten Verflechtungen von Arbeitseinkommen, Renten, kleinen Renditen und kleinen Ersparnissen geprägt sind. Dass es Berlusconi anscheinend gelungen ist, größere gesellschaftliche Bereiche, die von kleinem und bedrohtem Eigentum geprägt sind, anzusprechen. Und dabei auch viele Menschen in prekären Verhältnissen, die eine linke Politik unter dem Motto der Umverteilung als eine Bedrohung ihrer eigenen Interessen wahrnähmen. Dabei wird vermutet, dass besonders die Steuerpolitik, auf die sich Berlusconi in der letzten Wahlkampfphase geworfen hat, eine zentrale Rolle spielte. Die Linke habe keine präzise Vorstellung von einer Senkung der Steuern auf Arbeitseinkommen entwickelt und fälschlicherweise die Einführung einer Erbschaftssteuer auf das erste Haus/Wohneigentum vorgeschlagen – in einem Land, in dem 80% der Bürger Wohneigentum besäßen. Das habe Berlusconi ermöglicht, mit einer hemmungslosen Steuerpropaganda Punkte zu machen von der Art: bei mir braucht ihr keine Steuern zu zahlen, aber die Kommunisten von Mitte-Links ziehen euch über die Steuern noch das letzte Hemd aus.

Zur Illustration der Diskussion nochmals eine Passage mit ähnlicher Stoßrichtung aus dem Interview mit Bertinotti von Rifondazione comunista:

„Es ist sicher politisch ein gespaltenes Land, aber sozial zerklüftet, zerklüftet scheint mir die richtige Definition zu sein. In dem Sinne, dass die politische Spaltung, die klar und unzweideutig ist, keine Spaltung im täglichen Leben mit sich bringt. Man stimmt unterschiedlich ab, man hat vielleicht zwei gegensätzliche Lebensentwürfe, aber dann trifft man sich wieder bei der Arbeit, in der Bar, im Stadion. Tatsächlich scheint mir also ein Phänomen vorzuherrschen, das ich Lust auf Gemeinschaft nennen würde. In diesem Sinn ist die Definition vom gespaltenen Italien nicht sehr genau. Diese Trennungslinie gilt also für die Wahlen, nicht für den ganzen Rest … Allerdings sehe ich eine Teilung. … Ich würde sie die Teilung zwischen dem Oben und dem Unten der Gesellschaft nennen“. Worin besteht das Unten? „Das ist wirklich schwierig zu beantworten, weil es Bruchstücke der Gesellschaft sind, ich würde sie vielleicht ‚Schwarze Löcher’ der Gesellschaft nennen, … wo die Soziologie noch nicht angekommen ist. Wir haben nicht die Instrumente, um sie zu erforschen. Andere sind darauf nicht neugierig … Ich denke dabei an manche Industriebereiche, gerade am Rand jener Industriezonen des Nordens, wo übrigens die Rechten wieder gewinnen konnten, ich denke an manche Fabriken, die wenig oder nicht gewerkschaftlich organisiert sind. Die Genossen haben mir erzählt, dass dort die Arbeiter unsere Flugblätter ablehnen. Also Leute, die aller Dinge beraubt sind. Sicher ihres letzten Hemds, weil sie nicht einmal das Recht haben, sich zum Schutz bei der Arbeit zu organisieren. Aber noch von mehr beraubt: von ihrem Recht, eine sichere Zukunft zu denken. Und das bringt sie dazu, auch dich wie einen Fremden anzusehen. Du, der vielleicht eine sichere Arbeit hat, der vielleicht wie ein Beamter aussieht, der vielleicht redet, aber in politischer Hinsicht einige Privilegien genießt. Das ist das Unten, von dem ich gesprochen habe“. Und ist es dieses Unten, das fast zwei Millionen Stimmen mehr als bei den letzten Regionalwahlen in die Kassen der Rechten gebracht hat? „Ja, wenigstens zum Teil“. *rok* ■

Länderübergreifende DGB-Initiative gegen Rechtsextremismus und Neofaschismus

Die Vorsitzenden der DGB-Bezirke Hessen-Thüringen, Stefan Körzell, DGB-West (Rheinland-Pfalz und Saarland), Dietmar Muscheid, und Baden-Württemberg, Rainer Bliesener, haben anlässlich eines gemeinsamen Gesprächs in Frankfurt/Main die Genehmigungs- und Landesbehörden dazu aufgerufen, entschiedener gegen rechtsextreme und neofaschistische Aktivitäten und Tendenzen in Rheinland-Pfalz, Hessen und Baden-Württemberg vorzugehen. Dem ‚Aufstand der Anständigen' müsse nun der ‚Aufstand der Zuständigen' folgen. Politische Versäumnisse dürften nicht immer wieder auf dem Rücken der Polizei ausgetragen werden.

Die Politik sei gefordert, dafür Sorge zu tragen, dass die geplanten Aufmärsche, z.B. in Heppenheim und Weinheim am 1. Mai, nicht stattfinden und ein Ausweichen nach Rheinland-Pfalz verhindert wird.

Es könne nicht angehen, dass Aufmärsche von NPD und anderen Rechtsextremisten immer wieder genehmigt würden und aktive Bürgerinnen und Bürger dann dafür sorgen müssten, dass das Bild einer demokratischen Bundesrepublik Deutschland nach außen sichtbar bleibt.

Der Raum Kurpfalz, die Bergstraße, das südliche Rheinland-Pfalz (Ludwigshafen, Pirmasens) und Teile des Westerwaldes (Marienfels) haben sich laut DGB mittlerweile zu ‚Hochburgen' der Neonazi-Szene entwickelt. Nazi-Kameradschaften, rechtsextreme und neofaschistische Parteien sind in dem Dreieck Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Südhessen eng vernetzt. Neonazi-Aufmärsche, rechtsextreme Konzerte, die Verwüstung jüdischer Friedhöfe und die Zunahme von antisemitischen Schmierereien machen deutlich, dass es in der Region aktive rechte Strukturen gibt. Die Bezirksvorsitzenden betonten, dass der DGB für eine weltoffene und solidarische Gesellschaft eintritt, in der Rassismus, Antisemitismus und Neofaschismus keinen Platz mehr haben.

DGB-Pressestelle ■

„Kein Raum für Nazis"

MÜNCHEN. AktivistInnen aus einem Dutzend Münchner antifaschistischen Gruppen, Parteien und Initiativen starteten am Donnerstag letzter Woche die Kampagne „Kein Raum für Nazis im Westend" mit einer eindrucksvollen Plakataktion und einem Infostand an der Schwanthaler Höhe. Eine Aufklärungs-Tour für Wirtinnen und weitere Infostände sind für diese und die nächsten Wochen angekündigt. Öffentliche Aktionen und begleitende Veranstaltungen sind geplant. Ziele der Kampagne sind eine Sensibilisierung der Wohnbevölkerung gegen rechte Umtriebe im Viertel, eine Verankerung antifaschistischen Bewusstseins und ein Aufzeigen der Handlungsmöglichkeiten gegen rechts. Eine intensive Zusammenarbeit mit Bürgerinnen und Bürgern vor Ort, z. B. bestehenden Stadtteil- und MigrantInnenintiativen wird angestrebt.

Das Münchner Westend gilt weithin als das Viertel, in dem (im Münchner Vergleich) noch Platz ist für alternative Lebensweisen, Existenzmöglichkeit für sozial Schwächergestellte und Wohnmöglichkeit für Menschen mit migrantischem Hintergrund. Aber auch hier gibt es vermehrt neofaschistische Aktivitäten, u. a. Flugblattverteilungen der „Deutschen Volksunion (DVU)". In der Nacht zum 11. Januar 2006 verübten Neonazis einen Anschlag auf den Kulturladen und besprühten ihn mit Hakenkreuzen und Doppel-Sig-Runen der SS. In der Nacht zum 14. Januar 2006 griffen Neonazis das Gebäude des Kulturladens Westendend erneut an und warfen mit Steinen Fenster und eine Glastür ein. Teile der Münchner Neonaziszene veranstalten ihre Neonazi-Stammtische donnerstags in Kneipen des Westends. Auch im Westend gibt es Wirte, die dies tolerieren. Vermehrt werfen allerdings Wirte, nicht zuletzt durch Druck unserer Kampagne, das neonazistische Klientel aus ihren Gaststätten wieder hinaus.

Heike Rotholz, Sprecherin des Antifaschistischen Plenums München: „Wir warten nicht, bis es auch hier wieder ein Opfer eines neonazistischen Mordanschlags gibt. Wir werden Neonazis zuerst ihren Spielraum im Westend nehmen, dann in den anderen Münchner Stadtteilen. ‚Kein Raum für Nazis' ist schließlich nicht nur symbolisch gemeint."

In Kürze wird eine homepage eingerichtet: http://westend.nonazis.net

Antifaschistisches Plenum München,
AG Westend-Kampagne
Kontakt: kontakt@nonazis.de ■

Gudenus vor Gericht

WIEN. John Gudenus, ehemaliger FPÖ-Nationalrat und -Bundesrat, Mitherausgeber von „Zur Zeit", musste sich am 26. April vor einem Wiener Geschworenengericht wegen wiederholter mutmaßlicher Verstöße gegen das NS-Verbotsgesetz verantworten. Unter den Zuschauern befanden sich u. a. Johann Gudenus (Ring Freiheitlicher Jugend), Johann Josef Dengler (Zur Zeit), Walter Lüftl und Friedrich Romig. Gegenstand des Verfahrens waren Äußerungen von Gudenus, wonach die Existenz der Gaskammern in nationalsozialistischen Lagern noch einer „physikalischen und wissenschaftlichen Prüfung" bedürfe und es im „Dritten Reich" überhaupt keine gegeben hätte. Zur Sprache kam im Prozess auch ein Besuch in ehemaligen KZ Mauthausen: Gudenus meinte dort, die auf einem Foto abgebildeten Häftlinge würden „eigentlich eh ganz gut aussehen". Gudenus versuchte sich zu rechtfertigen, indem er behauptete, fast jeder wisse, dass das „Dritte Reich" von 1933 bis zum „Anschluss" Österreichs bestand, dann aber „Großdeutsches Reich" hieß. Und er wollte nur Zweifel an der Existenz von Gaskammern vor 1938 äußern. Demgegenüber folgte das Gericht der Meinung der Staatsanwaltschaft, wonach die Bezeichnung „Drittes Reich" bis heute allgemein synonym für das Naziregime bis 1945 verwendet werde. Auch habe Gudenus erst reichlich spät (auch nicht gegenüber der Untersuchungsrichterin, vor der er die Aussage verweigerte) darauf hingewiesen, dass er mit der Bezeichnung „Drittes Reich" das NS-Regime bis 1938 gemeint hätte. Laut Staatsanwalt Schober wäre ein Freispruch „ideologischer Nährboden für Neonazis". Diese könnten dann künftig mit der Behauptung, im „Dritten Reich" habe es keine Gaskammern gegeben, straffrei NS-Propaganda betreiben.

Die acht Geschworenen folgten der Anklage und sprachen Gudenus einstimmig (keine Gaskammern im „Dritten Reich) und mit einer Gegenstimme (für die Forderung nach „naturwissenschaftlicher" Überprüfung) schuldig. Das Strafmaß wurde mit einem Jahr bedingt auf drei Jahre festgelegt. Strafmildernd habe sich die Unbescholtenheit des Angeklagten ausgewirkt. Anwalt Farid Rifaat meldete umgehend Nichtigkeit und Berufung an, das Urteil ist somit nicht rechtskräftig.

Neues von ganz rechts - April 2006
www.doew.at ■

Nazi-Demo in Koblenz – DGB macht mobil

KOBLENZ. In Koblenz formiert sich der Widerstand gegen einen Neonazi-Aufmarsch. Der DGB will am 13. Mai 1000 bis 1500 Teilnehmer für eine Gegendemonstration mobilisieren. Nach RZ-Informationen planen die Rechten einen Marsch vom Bahnhof zum Schloss. Im Rathaus ist man zurückhaltend: „Wir haben die Anmeldung vorliegen, hatten aber noch keinen direkten Kontakt zum Anmelder", heißt es beim Koblenzer Ordnungsamt.Der DGB ist da schon weiter; er geht von einem Beginn der rechtsextremen Kundgebung um 15 Uhr aus und plant von 14.30 Uhr an eine Gegenveranstaltung – nur der Treffpunkt ist noch offen: „Zeigen wir gemeinsam, dass ‚Zu Gast bei Freunden" auch in Koblenz gilt und dass wir für Demokratie und Menschenrechte aufstehen – gegen Ausgrenzung und Intoleranz!", heißt es in einem Aufruf. Zu dessen Erstunterzeichnern gehören neben der Koblenzer DGB-Vorsitzenden Gabi Weber Oberbürgermeister Dr. Eberhard Schulte-Wissermann, mehrere Bundes- und Landtagsgeordnete, die Betriebsratsvorsitzenden großer Betriebe und kirchliche Vertreter. Q*uelle:*
Rhein-Zeitung vom 29.04.2006 ■

NPD vor Gericht im Fall Oury Jallohs

DESSAU. Der Mord an Oury Jalloh am 7. Januar 2005 in einer Polizeizelle in Dessau hätte eine Welle der Empörung auslösen müssen. Stattdessen erfolgte die übliche Reaktion in diesem Land: Schweigen. Sein Mord wurde größtenteils ignoriert, im besten Fall zur Kenntnis genommen.

Monate später – Ende März – fand eine Trauerfeier in Dessau statt. Die etwa 200 TeilnehmerInnen waren überwiegend Flüchtlinge und MigrantInnen, nur ein minimaler Teil bestand aus Deutschen.

Am 2. April meldete sich dann die NPD zu Wort. Unter dem Titel: „Ein Afrikaner zündet sich selbst an und schuld ist mal wieder die Polizei“ veröffentlichte/schrieb die NPD (Kreisverband Magdeburg) eine volksverhetzende

Hasstirade über Oury Jalloh, den sie als „muslimischen Missetäter“ beschreiben. Über Mouctar Bah (den Menschen, der sich am aktivsten für die Aufklärung des Falles eingesetzt hatte) schreiben sie:

„Er besitzt einen Telefonladen, verdient am Verkauf von Telefoneinheiten an seine Landsleute und Gebetsbrüder.“

Dazu, dass Oury Jalloh am lebendigen Leib verbrannt worden ist, äußerten sie sich:

„Kein Mensch konnte damit rechnen, daß der Herr Asylant mittels des am Körper versteckten Feuerzeuges binnen weniger Minuten die Matratze auf 350 Grad Celsius erhitzt. Und das sind schließlich Temperaturen, die selbst für einen an Hitze gewohnten Westafrikaner eindeutig zuviel sind.“

Der Mord an Oury Jalloh wird als „feiges Selbstmordattentat auf das eigene Leben“ bezeichnet. „Das könnte nämlich durchaus so gewesen sein, sind doch feige Selbstmordaktionen in muslimischen Kulturkreisen nichts ungewöhnliches“, so die Faschisten weiter.

Außerdem stellen sich die Faschisten schützend vor die Polizei:

Auf die Forderungen nach Aufklärung, Gerechtigkeit und Entschädigung reagierten die Nazis mit der folgenden Aussage: „Man darf allerdings schon gespannt sein, wie die Damen und Herren den heutigen Preis eines Negers dabei taxieren!“

Daraufhin wurde im Namen Mouctar Bahs eine Klage wegen Volksverhetzung und übler Nachrede erhoben. Nun wird es endlich eine Gerichtsverhandlung in Oschersleben geben. Der Kleinstadt in Sachsen zugewiesene Flüchtlinge beschreiben Oschersleben oft als „Nazi-Stadt“.

Über 15 Monate nach dem Mord an Oury Jalloh bleibt anscheinend alles beim Alten. Die Eltern werden nicht anerkannt, weshalb sie nicht als Nebenkläger den Prozess vorantreiben können, die Vertuschung geht weiter und ein aufklärender Prozess ist nicht in Sicht.

Stattdessen wurde Mouctar Bahs Laden von staatlicher Seite aus fadenscheinigen Gründen geschlossen. Die Täter laufen immer noch frei herum, besetzen die gleichen Posten und haben wieder einmal gesehen, dass Justiz und Politik ihre Verbrechen nicht aufzuklären gewillt sind – und sie somit unterstützen. Derweil führen Politik, Gesellschaft und Neo-Nazis ihre gezielten Hetzkampagnen gegen alle nichtdeutsche Menschen fort.

Als Flüchtlinge und MigrantInnen sind wir fest überzeugt, dass „Nie Wieder“ viel mehr sein muss als ein leerer Spruch. „Nie Wieder“ muss wirklich bedeuten, dass alle Menschen als Menschen behandelt werden und dass solche menschenverachtenden Verbrechen wie der Mord an Oury Jalloh, die Volksverhetzung durch Neo-Nazis und die alltägliche Diskriminierung und rassistische Gewalt von Seiten des Staates endlich und endgültig aufhören muss. Leider müssen wir immer wieder feststellen, dass nicht allzu viel Deutsche unsere Meinung teilen.

Break the Silence!

Am 1. April organsierten wir eine bundesweite Demonstration in Dessau. Über 1000 Menschen sind dem Aufruf gefolgt und trafen sich in Dessau, um die Forderungen nach Aufklärung, Gerechtigkeit und Entschädigung laut zu machen. Nichtsdestotrotz war das Presse-Echo gleich Null (es gab nur einen Artikel in der lokalen Zeitung und eine Pressemeldung von dpa). Seitdem ist alles wieder still, das Schweigen geht weiter, genauso wie die Vertuschung, Verschleierung und menschenachtende Politik des Staates und der Nazis.

Wir rufen alle solidarischen Menschen dazu auf, sich an dem Prozess als Beobachter zu beteiligen. Dies ist wichtig – nicht nur weil wir verpflichtet sind, Mouctar Bah zur Seite zu stehen, sondern auch weil wir unbedingt ein klares Zeichnen setzen müssen:

Nie Wieder! Stoppt den Polizei- und Naziterror gegen Flüchtlinge und MigrantInnen! Wir fordern: Aufklärung, Gerechtigkeit, Entschädigung!!!

Mobilisiert Euch!

Initiative in Gedenken an Oury Jalloh
Für mehr Information:
www.plataforma-berlin.de
www.thevoiceforum.org
www.thecaravan.org,
Bilder: Umbrucharchiv ■

BLEIBERECHT

Aufruf zur internationalen Demonstration für ein dauerhaftes Bleiberecht der geduldeten Flüchtlinge und Migrant/innen
Mittwoch, 3. Mai 2006 17.00 Uhr Marienplatz anschließend Demo zum Bayerischen Innenministerium

August 2004, München: angeführt von einer Gruppe mutiger afrikanischer Frauen kämpfen Flüchtlingsfamilien gegen drohende Abschiebungen und für ein Bleiberecht in Deutschland. Für die Beteiligten war der Kampf ein Erfolg: Keine der langjährig in Deutschland lebenden Familien wurde abgeschoben, fast alle haben inzwischen eine Aufenthaltserlaubnis erhalten. Doch nicht alle Familien erfüllten die vom Münchner Ausländeramt gestellten Bedingungen. Alleinstehende, Ehepaare ohne Kinder und selbst Jugendliche oder junge Erwachsene, die ohne Eltern minderjährig ins Bundesgebiet eingereist waren, wurden von dieser Regelung gar nicht erst er-

fasst. Und weiterhin sind Familien außerhalb Münchens von Abschiebung bedroht, selbst wenn sie seit über 10 Jahren in Deutschland leben.

August 2004, Berlin: die Polizei holt die 13-jährige Tania Ristic aus dem Schulunterricht, um sie nach Bosnien abzuschieben. Tania und ihrer Mutter gelingt es, in Deutschland zu bleiben, doch die Familie wird auseinandergerissen: der Vater und die 16-jährige Schwester werden abgeschoben. Dieser Fall, nur ein alltägliches Beispiel für den Umgang der Behörden mit – teils jahrelang – geduldeten Jugendlichen und ihre Eltern, ist der Beginn der Kampagne „Hiergeblieben!“. Die Forderungen, die Tanias Schulfreund/innen stellten, finden mittlerweile in ganz Deutschland Unterstützung: Bleiberecht für die in Deutschland lebenden Kinder und Jugendlichen und ihre Familien, Bleiberecht für Flüchtlinge, die als unbegleitete Minderjährige eingereist sind, Bleiberecht für Kriegsopfer und für Opfer rassistischer Angriffe (nähere Informationen zur Kampagne: www.hier.geblieben.net).

Als zuletzt am 19. Januar 2006 eine entsprechende Gesetzesinitiative der Opposition im Bundestag verhandelt wurde, waren die meisten Abgeordneten der Meinung, dass die Forderungen berechtigt sind. Doch wegen der derzeitigen politischen Konstellation konnte keine Mehrheit zustandekommen. Jetzt sind erneut die Innenminister von Bund und Ländern am Zug. Doch diese können sich nicht einigen. Manch ein populistischer Innenpolitiker verspricht sich gute Wahlergebnisse durch eine rigorose Abschiebepolitik.

Am 4./5. Mai 2006 treffen sich in Garmisch-Partenkirchen etwa 100 km südlich von München die Innenminister von Bund und Ländern. Erneut wird das Thema einer Bleiberechtsregelung auf der Tagesordnung stehen. Damit die Politiker endlich den Forderungen nach einem sicheren Aufenthalt für die geduldeten Flüchtlinge nachkommen, wollen wir schon am Vorabend der Konferenz in München demonstrieren.

Wir rufen daher alle betroffenen Flüchtlinge und ihre Freund/innen, Nachbarn, Mitschüler/innen, Kommilitonen, Arbeitgeber und sonstige Unterstützer/innen und auch die Familien, die in den Genuss der 2004 erkämpften Münchner Bleiberegelung gekommen sind, dazu auf, sich solidarisch zu zeigen und gemeinsam für eine umfassende Bleiberegelung einzutreten. Das Bleiberecht geht alle etwas an.

INFORMATIONEN Bayerischer Flüchtlingsrat 089/ 76 22 34 Münchner Flüchtlingsrat 089/123 900 96 ■

Münchner Ausländerbeirat, Bayerischer Flüchtlingsrat, Münchner Flüchtlingsrat, Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge e.V., Karawanegruppe München, Initiative Afrika Zentrum e.V., buntkicktgut - Interkulturelle Straßenfußballliga München, amnesty international München - AK Asyl, amnesty international Schweinfurt, Friedensinitiative Christen in der Region München, Infogruppe Rosenheim, Ostturkestanische Union in Europa e.V., Freundeskreis für ausländische Flüchtlinge Unterfranken, AK Asyl Kitzingen, Jesuiten-Flüchtlingsdienst, Bund der Türkischen und Islamischen Vereine e.V. München, REFUGIO München, Association des femmes togolaises en Allemagne e.V., Aktionsprogramm Hier Geblieben!, GRIPS Theater Berlin, Flüchtlingsrat Berlin, Bleiberechtsinitative BBZ Berlin, Jugendliche ohne Grenzen, VVN/BdA Berlin, Ökumenischer Begegnungskreis Flüchtlingsfrauen - deutscher Frauen, Schweinfurt, Bündnis 90/Die Grünen KV München, Jusos Landesverband Bayern, In Via KOFIZA, fortsetzung folgt!, Landesvorstand Bayern Linkspartei/PDS, TERRE DES FEMMES e.V: Städtegruppe München, BürgerInnenaktion Solidarität statt Rassismus, Schweinfurt, Forum solidarisches und friedliches Augsburg, Islamisches Zentrum der Exilafghanen in Bayern e.V., Ökumenisches Büro für Frieden und gerechtigkeit e.V., Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus, Verein Freundschaft zwischen Ausländern und Deutschen e.V. mit seinen beiden Projekten „Nachbarschaftshilfe deutsche und ausländische Familien“ und „Kinderzauberzirkus TrauDich“, „schlaU-Projekt“, münchner aids-hilfe e.V., GEB - Gemeinsamer Elternbeirat für die Grund- und Hauptschulen in München, AStA der Uni München, GEW Stadtverband München, Gewerkschaftslinke, Marxistische Initiative, Sozialistische Jugend München - Die Falken, Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Bayern, Landtagsfraktion B’90/Die Grünen

Bundesweiter Aktionstag gegen Abschiebungen und für ein bedingungsloses Bleiberecht

300 Menschen demonstrieren in Hamburg

HAMBURG. Unter den Forderungen „Abschiebungen stoppen! – Papiere für alle!“ zogen heute bei Dauerregen und Kälte ca. 300 Menschen, darunter sehr viele Flüchtlinge und MigrantInnen aus verschiedenen Ländern (u.a. Togo, Afghanistan, Iran, Guinea, Burkina Faso) sowie Mitglieder antirassistischer und antifaschistischer Gruppen, lautstark und bunt durch die Innenstadt.

Trotz des wirklich scheußlichen Wetters war die Stimmung gut, auch deshalb, weil im Gegensatz zu früheren Demonstrationen Flüchtlinge aus so vielen unterschiedlichen Ländern gemeinsam auf die Straße gingen und ihre Situation und Forderungen darstellten.

„Wir wollen ein bedingungsloses Bleiberecht für alle – egal woher ein Mensch kommt, egal ob er seit fünf Tagen oder seit 50 Jahren hier lebt!“ war eine der zentralen Aussagen. SprecherInnen verschiedener Organisationen berichteten von laufenden Abschiebungen nach Afghanistan, Guinea und in andere Länder und mobilisierten zum Protest gegen eine für die Nacht vom 24. auf den 25.4. geplante Sammelabschiebung per Charterflug vom Hamburger Flughafen nach Togo und evtl. auch in andere westafrikanische Länder.

Aufgerufen wurde auch zu weiteren Aktionen zur Innenministerkonferenz, die am 4. und 5. Mai in Garmisch-Partenkirchen stattfindet. Die dort auf der Tagesordnung stehenden Anträge für ein Bleiberecht für bestimmte Flüchtlinge unter sehr restriktiven Bedingungen wurden als Teil einer Selektions- und Ausgrenzungspolitik kritisiert. Mit der Isolierung in Lagern, dem Verbot von Ausbildung und Arbeit, dem Ausschluss von medizinischer Versorgung und Sozialleistungen werde gezielte Des-Integration betrieben, während von staatlicher Seite von Flüchtlingen und MigrantInnen „Integration“ gefordert wird.

Protest gegen Sammelabschiebung

50 Menschen protestierten am 25.4. in der Abflughalle des Flughafens gegen die erneute Sammelabschiebung von insgesamt 24 Flüchtlingen. Nach ca. 20 Minuten beendete die Polizei die Aktion. Da man offensichtlich das Licht der Öffentlichkeit scheut, wurde eine Frau aufgefordert, ihre Fotos zu vernichten, da im Flughafen Fotografierverbot herrsche; sie weigerte sich, wurde aus der Halle geleitet und erhielt Hausverbot. Ein Mann wurde kurzzeitig wegen angeblichen Widerstands in Gewahrsam genommen.

In einer Presseerklärung des Senats – dieses Dokument der Unmenschlichkeit soll hier weitgehend wiedergegeben werden –heißt es: „Unter Federführung der Hamburger Ausländerbehörde wurden ... in bewährter Zusammenarbeit mit der Bundespolizei und weiteren Bundesländern insgesamt 24 Personen mit einem Charterflug nach Afrika abgeschoben. Zielländer sind Guinea, Togo und Benin. In diesen Fällen sind ... keine Abschiebehindernisse festgestellt worden. Hamburgs Innensenator Nagel lobte die Organisation des ... Charterfluges nach Afrika. Innensenator Udo Nagel: „Dieser von Hamburg aus gestartete Großcharter ist ein erneuter Beweis für die konsequente Rückführungspolitik der Innenbehörde gegenüber Straftätern und ausreiseunwilligen Personen.“ Beteiligt ... sind neben Hamburg mit 20 Personen die Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg. Es handelt sich dabei zum Teil um verurteilte

Straftäter, insbesondere aber um Personen, die aufgrund von Renitenz und Gewalttätigkeit nicht per Linienflug in ihre Heimatländer zurückgebracht werden könnten. Die abgeschobenen Afrikaner wurden durch Sicherheitskräfte der Bundespolizei begleitet. Dolmetscher sowie medizinisches Personal sind ebenfalls an Bord."

Nach Angaben des Roten Kreuzes sind in den ersten drei Monaten dieses Jahres über 1.200 Menschen bei ihrer Flucht in Richtung Kanarische Inseln zu Tode gekommen, gekentert, ertrunken, verhungert, verdurstet. Wer es nach Europa, in die BRD schafft, dem droht das Schicksal der 24 abgeschobenen Menschen, deren verzweifelter Lebenswille als „Renitenz und Gewalttätigkeit" in die Nähe von Kriminalität gerückt wird. Aber wer ist hier kriminell? *scc* ■

Bleiberecht – Papiere für alle!

KÖLN. Kein mensch ist illegal führte am Samstag den 22. April auf dem Friesenplatz eine Kundgebung zum Bleiberecht durch. Ein anwesender „Innenminister" verteilte „Papiere für alle". Viele Passanten blieben stehen, oder waren verblüfft und erkundigten sich nach den Hintergründen.

Kein Mensch ist illegal wies in diesem Zusammenhang auf den Fall der Familie Idic hin, die seit dem 9. April in den Räumen der katholischen Kirchengemeinde St. Lambertus in Düsseldorf Schutz vor Abschiebung gefunden hat. Semra Idic, eine Tochter der Familie, sprach eindrucksvoll auf der Kundgebung. Sie ist in Deutschland geboren, macht gerade ihr Abitur und will in Deutschland bleiben.

In ein paar Wochen wird die Härtefallkommission des Landtages über den Antrag der Roma-Familie entscheiden, die nach 17 Jahren in Deutschland ein dauerhaftes Bleiberecht fordert. *jöd* ■

Kundgebung in Köln am 22.4.2006

Wir wollen und werden hier bleiben!

WIESBADEN. Unter dem Motto „Hiergeblieben!" demonstrierten am Samstag, 22. April, etwa 500 Menschen in Wiesbaden für das „Recht auf Bleiberecht". Auch diese Demonstration stand im Kontext des bundesweiten Aktionstages zur Anfang Mai in Garmisch-Partenkirchen stattfindenden Innenministerkonferenz.

In der Bundesrepublik leiden ca. 200.000 Menschen, in Hessen ca. 15.000 unter der immensen Unsicherheit als Geduldete. Die meisten von ihnen leben schon seit vielen Jahren hier, oft handelt es sich um Familien mit Kindern, die hier geboren und aufgewachsen sind.

Die Auftaktkundgebung fand vor dem Hessischen Innenministerium statt. Dort sprach u.a. Thomas Aleschewsky vom Hessischen Flüchtlingsrat – stellvertretend für drei Familien, die Kassel wegen der Residenzpflicht nicht verlassen durften und ihre Situation deshalb nicht selbst darstellen konnten. (Zu Residenzpflicht: www.nolager.de und www.thecaravan.org)

Immer wieder traten aber auch Betroffene ans Mikrofon. Darunter Kinder und Jugendliche des im Herbst 2005 gebildeten Bündnisses für Bleiberecht im Main-Kinzig-Kreis (www.bleibe recht.info). „Wir wollen uns sicher fühlen" – so der allgemeine Tenor ihrer Beiträge. Auch die Fremdheit desjenigen Landes, das nach Ansicht der Behörden ihr „Heimatland" ist, wurde wiederholt betont, fremd in Hinblick auf Sprache und Kultur. Je nach Land, in das abgeschoben werden soll, kommen massive Bedrohungen des Alltagslebens durch Kriegsfolgen hinzu, durch Verfolgung politischer AktivistInnen und deren Familien, durch starke ökonomische Probleme oder mangelnde Behandlungs- und Versorgungsmöglichkeiten für Kranke und Behinderte.

Das „Heimatland" der Kinder und Jugendlichen ist hier. Ein Zehnjähriger brachte seine Hoffnung zum Ausdruck: „Wir wollen und werden hier bleiben, und wenn wir genug Freunde finden, werden wir das auch schaffen."
Einer Bleiberechtsregelung der Innenminister muss mit Skepsis entgegensehen werden. Die Forderungen sind klar:

- Eine großzügige Bleiberechtsregelung für die Geduldeten – ohne wenn und aber!
- Der unwürdige Status der Duldung muss abgeschafft werden und durch sichere Aufenthaltstitel ersetzt werden.
- Wer lange hier lebt, muss bleiben dürfen!

Und sonst: Bleiberecht für alle – kein mensch ist illegal. *aqua* ■

Solidarität mit Eren Keskin

Immer noch gehört es zum Alltag, dass Frauen Opfer von brutaler Gewalt und Unterdrückung werden. Eine, die genau dagegen kämpft, ist die türkische Menschenrechtsanwältin Eren Keskin. Sie hat in ihrer Heimat das „Rechtshilfebüro für Opfer Sexueller Belästigung und Vergewaltigung in der Haft" gegründet, welches sich Frauen annimmt, die sexueller Gewalt oder Folter durch staatliche Instanzen im Krieg oder im Gefängnis ausgesetzt waren. Bereits über 200 Frauen konnte so rechtlich geholfen werden.

Ebenso setzt sie sich in der Menschenrechtsvereinigung der Türkei (IHD) für Minderheitenrechte ein und traute sich auch, sich öffentlich über den Völkermord an den Armeniern zu äußern. Doch offensichtlich passt das den Herrschenden und insbesondere dem Militär ihres Landes nicht ins Konzept. Als sie 2002 hier in Köln in einer Ansprache auf die grausamen Übergriffe auf Frauen aufmerksam machte, wurde ihr in ihrer Heimat dafür strafrechtlich der Prozess gemacht. Der Anklagepunkt lautete „Beleidigung des moralischen Charakters des Militärs". Das Urteil wurde nun dieses Jahr im März auf zehn Monate Haft oder die Zahlung einer Geldstrafe festgesetzt.

Es ist erschreckend, dass das Militär offensichtlich einen so hohen Stellenwert besitzt, dass jegliche Kritik an seinen grausamen Taten, die leider nicht nur Einzeltaten sind, ein Strafvergehen darstellt. Frau Keskin hat Recht, wenn sie diesen Prozess als einen Angriff auf ihr Recht auf freie Meinungsäußerung betrachtet.

Das Netzwerk „Frauen in Solidarität mit Eren Keskin" hat nun eine Unterschriftensammlung gestartet, die als Petition dem türkischen Justizministerium überreicht werden soll.

An dieser kann man sich auch online beteiligen und zwar unter folgendem Link:

http://www.erenkeskinedestek.org/en_petition.php

Hier zählt jede Stimme. Denn jede Stimme ist eine Ermutigung für Eren Keskin weiterzumachen und sich nicht durch die Mächtigen einschüchtern zu lassen, jede Stimme ist eine Stimme für Grundrechte nicht nur in der Türkei, sondern überall in der Welt.

Benjamin Wernigk ■

Kein Friede mit westlicher Kriegspolitik, kein Friede mit dem neoliberalen System!

Rede von Jürgen Wagner (IMI Thüringen) auf dem Ostermarsch in München:

Liebe Freundinnen und Freunde, die Ostermärsche finden dieses Jahr einmal mehr im Vorfeld zweier geplanter Militäreinsätze durch die westlichen Großmächte statt, die beide auf ihre Weise prototypisch für Kriege im 21. Jahrhundert sind. Angesichts schwindender Weltölvorräte ist die Eskalation im Iran- ein Vorbote für die sich ankündigende Zunahme so genannter Ressourcenkriege.

Demgegenüber ist der praktisch beschlossenen Einsatz der Europäischen Union im Kongo Ausdruck dessen, was ich als westlichen Globalisierungsinterventionismus bezeichne und auf den ich hier zu sprechen kommen möchte.

Es kann dabei nicht deutlich genug betont werden, dass Globalisierung – das Codewort für die Ausweitung der neoliberalen Weltwirtschaftsordnung – und westliche Kriegspolitik zwei Seiten einer Medaille sind. Denn die von diesem Wirtschaftssystem verursachte Verarmung weiter Teile der Weltbevölkerung, ist ursächlich für die Eskalation von Konflikten in der Dritten Welt verantwortlich.

Da weder die USA, noch die Länder der Europäischen Union an einem grundsätzlichen Richtungswandel interessiert sind, ist es fast zwangsläufig, dass die ökonomische Ausbeutung zunehmend um die militärische Knute ergänzt wird und Staaten so lange unter westliche Schirmherrschaft gestellt werden sollen, bis sie im Rahmen dieser Weltwirtschaftsordnung halbwegs „funktionieren".

Für uns als Friedensbewegung bedeutet das, dass wir nicht gegen Krieg protestieren können, ohne die herrschende kapitalistische Ordnung grundsätzlich in Frage zu stellen!

Begründet wird diese Kriegspolitik natürlich als ein völlig selbstloses Unterfangen. Dabei ist es besonders perfide, dass die Herrschenden im Rahmen der so genannten zivil-militärischen Zusammenarbeit auch noch versuchen, Friedensbewegung und Entwicklungshilfe vor ihren Kriegskarren zu spannen!

Dem dürfen wir nicht auf den Leim gehen! Wir müssen also die Lügen enttarnen, mit denen diese Kriege gerechtfertigt werden. Auf vier Lügen möchte ich zu sprechen kommen:

Lüge 1: Kriegsursachen: Die Dritte Welt sei selbst Schuld

Derzeit ist viel die Rede von so genannten „Neuen Kriegen", innerstaatlichen Gewaltkonflikten, die angeblich völlig neue Merkmale aufweisen würden. Erstens hätten sie ihre Ursachen in religiösen, ethnisch-kulturellen Streitigkeiten, und zweitens habe der Westen keinerlei Schuld an diesen Konflikten.

Betrachtet man das empirische Material stellt sich aber ein ganz anderes Bild dar. Viele Konflikte in der Dritten Welt, werden von westlichen Waffenlieferungen maßgeblich angeheizt. Sie entstehen vorwiegend dort, wo Rohstoffreichtum zum Fluch wird, weil das westliche Interesse an deren Ausbeutung maßgeblich vorhandene Konflikte schürt.

Der entscheidende Faktor aber, weshalb Konflikte gewaltsam eskalieren, ist Armut, wie inzwischen selbst Weltbank-Studien bestätigen. Somit trägt also der Westen, der durch die Ausweitung der neoliberalen Weltwirtschaftsordnung maßgeblich für die Verarmung weiter Teile der Weltbevölkerung gesorgt hat, die primäre Verantwortung für Kriege und Konflikte in der Dritten Welt.

Lüge 2: Die angeblich selbstlose Motivation westlicher Kriegseinsätze

Sie wollen uns glauben machen, ihre Kriegseinsätze seien völlig selbstlos, man könne ja nicht tatenlos zusehen, wenn sich Menschen die Köpfe einschlagen. Der Soziologe Ulrich Beck spricht etwa vom „militärischen Humanismus des Westens", der auf einem „Weltmonopol an Macht und Moralität" gründe.

Natürlich ist das genaue Gegenteil der Fall. Was das Beispiel Kongo anbelangt, spricht Verteidigungsminister Franz Josef Jung Klartext. „Es geht auch um zentrale Sicherheitsinteressen unseres Landes! [...] Stabilität in der rohstoffreichen Region nützt auch der deutschen Wirtschaft."

Allgemeiner lässt sich sagen, dass die Globalisierung den westlichen Großkonzernen neue Profitmöglichkeiten eröffnete, sie aber gleichzeitig auch anfälliger für Krisen und Konflikte in der Dritten Welt gemacht hat.

Christian Schmidt, CSU-Staatssekretär im Verteidigungsministerium, schreibt etwa: „Die Destabilisierung bestimmter Entwicklungs- und Schwellenländer kann das internationale Wirtschafts- und Finanzgeschehen und unsere Interessen als Exportnation negativ tangieren." Noch deutlicher wurde Jürgen Thumann, der Chef des Bunds Deutscher Industrieller, hier in München bei der Sicherheitskonferenz 2005: „Investitionen in Entwicklungsländern schaffen Jobs und Einkommen. [...] Aber die Wirtschaft braucht sichere Rahmenbedingungen. Mangelnde Rechtssicherheit und Rechtstaatlichkeit machen Investitionen schwer verantwortbar. [...] Die Grundhypothese ‚ohne Entwicklung keine Sicherheit' stellt sich häufig genau anders herum dar. ‚Ohne Sicherheit keine Entwicklung'."

Was hier gefordert wird, ist nichts anderes, als einen militärischen Investitionsschutz für die Realisierung westlicher Profitinteressen.

Lüge 3: Die Mär von der Legitimität westlicher Kriege

Derzeit ist viel die Rede davon, man wolle ja nur militärisch für die Einhaltung „universeller Normen und Werte" sorgen, wie es im European Defence Paper heißt. Hierbei handelt es sich um eine unglaubliche Heuchelei. Wenn Industrielle wie Thumann davon sprechen, man müsse militärisch einen Rechtsstaat aufbauen, ist damit wohl am ehesten das Recht zum Plündern gemeint.

Nirgends zeigt sich dies deutlicher als anhand der westlichen Eskalation gegenüber dem Iran. Es kann nicht deutlich genug betont werden, dass dieses Land gegen keinerlei internationales Abkommen verstoßen hat. Dennoch überzieht der Westen den Iran mit Kriegsdrohungen bis hin zum Einsatz von Atomwaffen.

Was wir derzeit erleben, ist die Rückkehr zum Faustrecht, oder, in den Worten Robert Coopers, dem Autor der Europäischen Sicherheitsstrategie „Doppelter Standards":

„Der postmoderne Imperialismus hat zwei Komponenten. Die erste ist der freiwillige Imperialismus der globalen Ökonomie. Er wird normalerweise von einem internationalen Konsortium durch internationale Finanzinstitutionen wie IWF und Weltbank ausgeübt. [...] Die Herausforderung der postmodernen Welt ist es, mit der Idee doppelter Standards klarzukommen. Unter uns gehen wir auf der Basis von Gesetzen und offener kooperativer Sicherheit um. Aber wenn es um traditionellere Staaten außerhalb des postmodernen Kontinents Europa geht, müssen wir auf die raueren Methoden einer vergangenen Ära zurückgreifen – Gewalt, präventive Angriffe, Irreführung, was auch immer nötig ist, um mit denen klarzukommen, die immer noch im 19. Jahrhundert leben, in dem jeder Staat für sich selber stand. Unter uns halten wir uns an das Gesetz, aber wenn wir im Dschungel operieren, müssen wir ebenfalls das Gesetz des Dschungels anwenden." Angesichts solcher Sätze fühlt man sich an den alten Spruch „Legal, Illegal, Scheißegal" erinnert, der die westliche Kriegspolitik wohl am treffendsten beschreibt.

Lüge 4: Resultat: Zivil-militärischer „Stabilitätsexport" ist Kolonialismus

Die letzte ist zugleich auch die dickste Lüge, auf die ich hier zu sprechen kommen möchte. Denn sie betrifft uns als Friedensbewegung auch direkt, da sie versucht uns, für westliche Kriegszwecke zu instrumentalisieren.

Mit dem Argument, dies sei eine notwendige Bedingung für die nachhaltige „Stabilisierung" von Konfliktregionen, wird derzeit immer stärker die enge Verzahnung ziviler Akteure (zivile Konfliktbearbeitung und Entwicklungshilfe) mit dem Militär gefordert.

Die operative Führung bleibt dabei aber beim Militär, womit vormals rein zivile Akteure zu einem integralen Bestandteil der militärischen Logik westlicher Interessenspolitik gemacht werden und zudem auch noch als Legitimationselement für militärische „Friedensmissionen" dienen.

Hierüber soll die westliche Kriegspolitik erheblich effektiviert werden. Ein wichtiges EU-Papier, die „Human Security Doctrine for Europe", schlägt bereits den Aufbau einer zivil-militärischen Truppe aus 10.000 Soldaten und 5.000 Zivilisten (Verwaltern) vor.

Die Friedensbewegung muss jegliche Beteiligung an derartigen westlichen Protektoratstruppen ebenso kategorisch ablehnen, wie eine wie auch immer geartete Kooperation mit dem Militär.

Denn wer „Sicherheit" und „Staatlichkeit" herbeibomben will, um Länder anschließend so lange unter die Schirmherrschaft westlicher Protektorate zu stellen, bis sie neoliberalen Spielregeln gehorchen, perpetuiert damit lediglich den Teufelskreis aus Armut und Gewalt. Exakt dies ist aber die traurige Praxis, die sich hinter dem beschönigenden Begriff des „Stabilitätsexports" verbirgt.

Diejenigen, die westliche Militäreinsätze fordern unterschreiben eine moralische Bankrotterklärung, denn sie legitimieren hierdurch, dass weiterhin Milliarden in die Rüstung gepumpt werden, während gleichzeitig die abermillionen Opfer der in unserem Wirtschaftssystem begründeten strukturellen Gewalt ignoriert werden, für sie ist kein Geld da.

Die Europäische Sicherheitsstrategie nennt die Zahl von 45 Millionen Menschen, die jährlich an Hunger und Unterernährung und Krankheiten sterben. Es ist diese soziale Perspektivlosigkeit und die nackte Angst vor dem Überleben, die Menschen in die Gewalt treibt und die wiederum – da eine Beendigung der westlichen Ausbeutungspolitik nicht in Frage kommt – militärisch „befriedet" wird.

In diesem Zusammenhang ist es der Gipfel des Zynismus, dass viele der EU-Einsätze aus dem Topf des Europäischen Entwicklungsfonds bezahlt und somit der direkten Armutsbekämpfung entzogen werden.

Beispielsweise steuerte der Entwicklungsfonds ca. 90 Mio. für den EU-Einsatz AMIS II im Sudan bei. Gleichzeitig tragen deutsche Großkonzerne, unterstützt von der Bundesregierung, dort massiv zur Eskalation des Konfliktes bei und der UN-Koordinator für Nothilfe im Sudan gibt an, es gäbe keine Gelder für die dringend notwendige humanitäre Hilfe!

Hierbei handelt es sich um eine skandalöse Zweckentfremdung von Entwicklungshilfe. Die Verantwortlichen hierfür gehören wegen der Veruntreuung von Steuergeldern angeklagt!

Fazit: Ohne grundsätzliche Änderung des neoliberalen Wirtschaftssystem wird es zu immer weiteren Konflikte kommen, die der Westen dann „befriedet" um den Teufelskreis aus Armut und Gewalt und damit den Dampfkessel der Globalisierungskonflikte halbwegs unter Kontrolle zu halten.

In diesem Sinne, „No Justice, No Peace! Kein Friede mit der westlichen Kriegspolitik, kein Friede mit dem kapitalistischen System.

www.imi-online.de
E-Mail: imi@imi-online.de ■

:ostritt

Welche Positionen ein Staatsoberhaupt Polens zu vertreten hat, das weiß Jochen-Konrad Fromme ganz genau. Fromme, Hauptmann der Reserve, kooptiertes Mitglied des CDU-Bundesvorstandes und seit 1998 Abgeordneter im Deutschen Bundestag, beobachtet den polnischen Präsidenten Lech Kaczynski sehr aufmerksam. Und was muss er hören? Kaczynski sagt von sich selbst, er sei „weder besonders antideutsch noch besonders prodeutsch". So geht das natürlich nicht. „Die Distanz, die in dieser Beschreibung zum Ausdruck kommt, ist nicht förderlich für das deutsch-polnische Verhältnis", doziert Fromme.

Denn „die deutsch-polnischen Beziehungen erfordern das stete Bemühen von beiden Seiten".

Die deutsche Seite, daran lässt Fromme keinen Zweifel, hat dieses Bemühen selbstverständlich stets geleistet. „Seit Jahrzehnten haben alle Bundesregierungen das deutsch-polnische Verhältnis gepflegt und gefördert", berichtet er. Wären Bundestagsabgeordnete nicht chronisch in Zeitnot, dann hätte Fromme sicherlich rühmliche Beispiele erwähnt. Die Regierung Kohl etwa, die den deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag ausgehandelt hat – inklusive der umfassenden Sonderrechte für die deutschsprachige Minderheit Polens. Rein formal hat auch die polnischsprachige Minderheit in Deutschland dieselben Sonderrechte erhalten, auch wenn es mit deren Umsetzung noch ein wenig hapert. Die Regierung Schröder hätte Fromme sicherlich ebenfalls erwähnen können. Schließlich hat der Gazprom-Kanzler verbindlich zugesagt, Entschädigungsklagen deutscher Umgesiedelter nicht persönlich unterstützen zu wollen. Ihnen gesetzlich den Boden zu entziehen – das ist Schröder einfach nur nicht rechtzeitig eingefallen.

Da man sich nicht sicher sein kann, ob Lech Kaczynski die deutschen Bemühungen so recht zu würdigen weiß, hat die „Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler" der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im März maßgebliche Funktionäre der deutschsprachigen Minderheit Polens in Berlin empfangen. Die beiden Abgeordneten der Minderheit im Sejm, Ryszard Galla und Heinrich Kroll, warben dafür – so heißt es in einem von Fromme verbreiteten Informationsblatt – , „gerade jetzt in der schwierigen Situation mit der neuen Regierung die deutsche Minderheit verstärkt moralisch zu unterstützen". Kroll freute sich besonders darüber, dass Bundeskanzlerin Merkel schon zweimal während ihrer noch recht kurzen Amtszeit Vertreter der deutschen Minderheit empfangen hat.

jk (nach www.jkf.de) ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg–Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Braunes Lob für türkischen Nationalismus

Nation & Europa April 2006

Bei regelmäßiger „Nation&Europa“-Lektüre kann man sich nicht völlig des Eindrucks erwehren, dass die Leser(innen) der Monatszeitschrift, die aus unerfindlichen Gründen als „Theorieorgan“ gilt, auch mit wenig zufrieden zu stellen sind. Wichtig scheint allerdings zu sein, dass es sich in der Hauptsache um die Wiederholung alten faschistischen Gedankenguts handelt: Antisemitismus, Antikommunismus, völkisches Denken und, damit verbunden, Fremdenfeindlichkeit, Rehabilitation des Naziregimes. Nur selten überraschen die Autor(inn)en mit wirklich neuen Gedanken.

Auf den ersten Blick scheint solche neuen Gedanken *Karl Richter* zu äußern, der sich über den türkischen Film „Tal der Wölfe“ als einem „Film, der die Gemüter erregt“ Gedanken macht. Filmisch findet er ihn eher schlecht gemacht und belanglos (das er sein Urteil vor allem mit der mangelnden Authentizität der Militärausrüstung begründet, liegt bei N&E auf der Hand), inhaltlich aber ist Richter begeistert. Grund dafür ist die unverhohlen nationalistisch-reaktionäre Grundeinstellung des Streifens: „Denn es sind nicht so sehr ‚antiamerikanische‘ oder ‚antisemitische‘ Erwartungen, die ‚Tal der Wölfe‘ bedient, als vielmehr ganz grundlegende Identifikationsmuster, die bei Türken noch funktionieren, während sie der domestizierte, bis zur Unkenntlichkeit fremdgesteuerte Normaldeutsche nur noch vom Hörensagen kennt: Nation, Armee, Ehre, Familie“.

Türkischer Nationalismus als Vorbild der deutschen Rechten: „Der Fall illustriert, wo die Bruchlinien verlaufen: zwischen umerzogenen, US-fixierten ‚Bundesbürgern‘ auf der einen Seite – und normalgebliebenen Türken, die ihr Volk lieben und sich mit seinem Lebensrecht identifizieren. Das ist der wahre ‚Krieg der Kulturen‘. Er wird hierzulande von einer ethnischen Frontstellung überlagert – Einheimische contra Zuwanderer – doch das ist nur ein Aspekt. Mindestens ebenso unüberbrückbar ist der Graben zwischen Umerzogenen und Volksbewußten. Das Fatale ist, daß die ersteren weitgehend identisch mit dem deutschstämmigen Gastvolk sind und die letzteren mit den vitaleren ausländischen Parallelgesellschaften, vorzugsweise der türkischen. ...Türkischer Nationalismus, der sich gegen fremdherrschaftliche Zumutungen wehrt, muß Deutschen nicht unsympathisch sein. Sie könnten sich davon sogar eine Scheibe abschneiden“.

Richters Argumentation scheint eine Richtungsänderung anzuzeigen, doch der Schein trügt: Wie im Modell enthält sie alle Bestandteile der traditionellen faschistischen Ideologie. Völkisches Denken, Militarismus, die angebliche Umerziehung der Deutschen durch die Amerikaner nach der Befreiung von der Nazidiktatur, und, wenn man genau liest, sogar die obligatorische Fremdenfeindlichkeit. Türkischer Nationalismus als Vorbild – aber bitte nur in der Türkei. Dennoch darf man gespannt sein, wie viele Protestbriefe wegen Richters Artikel die Redaktion erreichen – und ob sie veröffentlicht werden.

Wenn es nach *Michael Frank* geht, kann sich die Öffentlichkeit in Zukunft auf eine größere Anzahl rechter Ortszeitungen einstellen. Was in der Linken seit Jahrzehnten mit mehr oder weniger Erfolg praktiziert wird, das herrschende Meinungsmonopol mittels kleiner, auf örtlicher Basis erscheinender Zeitungen zwar nicht zu durchbrechen, aber wenigstens stellenweise anzukratzen, propagiert Frank unter der Überschrift „Warum patriotische Regionalpresse sinnvoll ist: Gegenöffentlichkeit“ als brandneue Idee: „Es ist daher ein richtiger Ansatz, den etablierten Tages-, Regional- und Anzeigenzeitungen mit eigenen Projekten zu begegnen, in denen – möglichst überparteilich – Tagespolitik und lokale sowie regionale Politikansätze aus patriotischer Sicht vermittelt werden. ... Im Idealfall ist eine solche patriotische Zeitung nicht parteigebunden, weil die Objektivität einer überparteilichen Zeitung natürlich wesentlich höher eingestuft wird als die einer reinen Parteizeitung. Außerdem ist der Spielraum größer“. Nach Franks Meinung zieht die Veröffentlichung (selbst die einmalige) eines solchen Blattes praktisch automatisch kommunale Wahlerfolge nach sich: „Dabei folgten (wahl-)politische Erfolge mit Parlamentseinzügen überall dort, wo eine solche Zeitung präsent war, so in Schwelm (NPD), Nürnberg (Bürgerinitiative Ausländerstopp) und Villingen-Schwenningen (DLVH). In Schwelm trug eine einzige Ausgabe der ‚DS - Der Schwelmer‘ maßgeblich zum erstmaligen Erringen eines kommunalen Mandats in NRW für die NPD seit ihrer Parteigründung bei“.

In ihrer Eigendarstellung vertreten die Rechten ausschließlich die Interessen der „kleinen Leute“. Wenn es konkret wird, sieht die Sache allerdings ganz anders aus: *Werner Baumann* beschäftigt sich mit dem Kampf der Nürnberger AEG-Belegschaft um ihre Arbeitsplätze und ist der Meinung, dass „Fabriken ins Ausland gestreikt werden“.

„Eigentlich hätte es darum gehen müssen, die Fabrik im Lande zu erhalten – auch für künftige Generationen. Dazu wäre auf beiden Seiten ein erhebliches Maß am Kompromißbereitschaft notwendig gewesen. Doch die IG Metall... streikte mit Erfolg für eine bessere Abfindung der jetzigen Belegschaft. Dazu bringt der Electrolux-Konzern rund 240 Millionen Euro auf – ein Betrag, der nachdenklich stimmen muß. Wenn das Unternehmen eine solch horrende Summe gegenleistungslos ausschüttet, anstatt die gut funktionierende Fabrik zu erhalten, dann muß wirklich Mathäi am letzten sein. ... In Polen, wohin Electrolux ausweichen will, freut man sich über den Planierungskurs des Deutschen Gewerkschaftsbundes ebenso wie über das Rendite-Streben internationaler Konzerne“. Nur waren laut Baumann die streikenden Kolleg(inn)en und ihre Gewerkschaft entschieden mehr verantwortlich für die Schließung ihrer Fabrik als die Eigentümer. Statt eines Streiks hätte Kompromissbereitschaft angesagt sein müssen, schließlich war offenbar für die Unternehmensbosse „Mathäi am letzten“, d.h. es ging ihnen wirtschaftlich katastrophal schlecht.

Kuscheln statt kämpfen, so stellt sich N&E eine erfolgreiche Betriebsfamilie vor. Um ihre Rechte kämpfende Belegschaften sind für sie der Erzfeind.

tri ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

Erscheinungsweise: 14-täglich

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507